



Presseschau vom 05.10.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dan-news, *dnronline*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. *Cloudflare*) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Krisen- und Insolvenzticker Deutschland und Europa

Die deutsche Wirtschaft rutscht immer tiefer in die Krise. Unter dem Druck dramatisch steigender Energiekosten und anderer ungünstiger Rahmenbedingungen sind allein in diesem Jahr tausende Unternehmen insolvent gegangen. Wir fassen in diesem Ticker die wichtigsten Entwicklungen und Neuigkeiten zusammen. ...

<https://kurz.rt.com/380r> bzw. [hier](#)

Pierre Lévy: Italien bleibt brav: Neue Ministerpräsidentin nicht auf Konfrontationskurs mit Brüssel

Die Wahlen in Italien sind vorbei. Die Furcht vor einem Rechtsbündnis in Italien war groß. Jetzt zeigt sich, die neue Ministerpräsidentin Meloni sucht weder wirtschaftspolitisch noch in Bezug auf die Ukraine und Russland die Konfrontation mit Brüssel. Alles bleibt, wie es ist – weitgehend. ...

<https://kurz.rt.com/384y> bzw. [hier](#)

Dmitri Bawirin: Wer wird die neuen Grenzen Russlands anerkennen?

Der russische Präsident hat eine Übereinkunft mit den Regierungschefs von Donezk, Lugansk, Cherson und Saporoschje unterzeichnet. Die NATO hat bereits ausgeführt, dass sie eine Grenzänderung in Europa nicht anerkennen wird. Gibt es eine Chance, dass die neuen Grenzen Russlands zumindest von seinen Verbündeten anerkannt werden? ...

<https://kurz.rt.com/386x> bzw. [hier](#)

Gert Ewen Ungar: Deutschland ist mattgesetzt: Der wirtschaftspolitisch perfekte Sturm

Für Deutschland braut sich vor dem Hintergrund der Sanktionen in Verbindung mit den Zinserhöhungen der EZB und der Fed ein perfekter Sturm zusammen. Es steht inzwischen fast alles auf dem Spiel. Die Rücknahme der Sanktionen liegt im vitalen Interesse des Landes.

...

<https://kurz.rt.com/387i> bzw. [hier](#)

Susan Bonath: Massenproteste in Deutschland und der geheuchelte Antifaschismus staatlich vereinnahmter "Linker"

Tausende protestierten am Tag der Deutschen Einheit gegen die Sanktions- und Verarmungspolitik der Ampel-Regierung. Eigentlich wäre das ein Spielfeld der Linken. Doch die, die sich so bezeichnen, standen zum Beispiel in Leipzig – wieder mal und weit entfernt von links – auf der Gegenseite. Für die Herrschenden ist das ein willkommenes Verwirrspiel.

...

<https://kurz.rt.com/388h> bzw. [hier](#)

Dmitri Bawyrin: Der "Musk-Plan": Schön formuliert aber für Russland nicht geeignet

Elon Musk, der reichste Mann der Welt, hat die Meinung geäußert, dass die Ukraine nur durch einen Friedensvertrag mit Russland, einen Verzicht auf die Krim und wahrscheinlich auch auf andere Russland begetretenen Gebiete gerettet werden könnte. Kiew wies diesen "Kapitulationsplan" zugunsten weiterer Eskalation gleich zurück. Doch Behauptungen, der

Plan sei "prorussisch", sind falsch. Für Russland ist er ebenfalls ungeeignet. ...
<https://kurz.rt.com/38av> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:13 de.rt.com: Telefongespräch zwischen Biden und Selenskij: Weitere 625 Millionen US-Dollar für die Ukraine bereitgestellt

Der Präsident der Vereinigten Staaten Joe Biden hat am Dienstag zusammen mit Vizepräsidentin Kamala Harris ein Telefongespräch mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij geführt.

Biden versicherte der Ukraine, dass die Vereinigten Staaten die neuen russischen Territorien nie anerkennen würden. Außerdem versprach Biden, die Ukraine "so lange wie nötig" weiter zu unterstützen. Der US-Präsident stellte der Ukraine ein neues Sicherheitshilfepaket im Wert von 625 Millionen US-Dollar in Aussicht. Dazu sollen zusätzliche Waffen, Ausrüstung, HIMARS-Mehrfachraketenwerfer, weitere Artilleriesysteme, Munition sowie gepanzerte Fahrzeuge gehören.

Biden bekräftigte auch die Bereitschaft der USA, Maßnahmen gegen Personen und Länder zu ergreifen, die den Beitritt der ehemaligen Teile der Ukraine zur Russischen Föderation unterstützen. Darüber hinaus wies Präsident Biden auf die anhaltenden Bemühungen der Vereinigten Staaten hin, die Welt zur Unterstützung der Ukraine zu bewegen.

20:33 de.rt.com: Russlands Botschafter in Polen wurde nahegelegt, das Vorgehen Moskaus zu verurteilen

Der russische Botschafter in Polen bekam ein informelles Angebot, die Referenden in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie in Cherson und Saporoschje zu verurteilen. Außenamtssprecherin Sacharowa sprach von "Missachtung aller denkbaren Normen der Berufsethik".

Das polnische Außenministerium hat dem russischen Botschafter Sergei Andrejew während eines Gesprächs am Montag vorgeschlagen, die abgehaltenen Referenden in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie in den Gebieten Cherson und Saporoschje zu verurteilen. Wie der Diplomat mitteilte, sei ihm angeboten worden, das Regime des russischen Präsidenten zu kritisieren. Er zitierte die Mitarbeiter des polnischen Außenministeriums: "Es wurde mir offen gesagt: 'Sie dienen dem kriminellen Regime von Wladimir Putin, aber wenn Sie sich davon distanzieren und es verurteilen wollen, dann gibt es hier in der freien Welt alles dafür, und wir sind bereit, Sie dabei zu unterstützen'".

Andrejew nannte diesen Ansatz "eine grenzenlose Unverschämtheit" und sagte, dies passiere ihm zum ersten Mal im Berufsleben. Er fügte hinzu, dass das polnische Außenministerium sich der Position der russischen Diplomaten bewusst sei.

Die Vertreterin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa bezeichnete den Vorfall als "eklatanten Verstoß gegen die allgemein anerkannten Regeln der diplomatischen Kommunikation". Er zeuge von der "Missachtung aller denkbaren Normen der Berufsethik durch das polnische Außenministerium". Zudem warnte sie, dass dies kein Einzelfall sei. Es gebe in letzter Zeit zunehmend solche Bemühungen, meistens von inoffiziellen Personen, in der Hoffnung, russische Diplomaten und Beamte auf ihre Seite "abzuwerben". Solche Methoden seien in der diplomatischen Berufsgemeinschaft nicht akzeptabel, meinte sie und resümierte:

"Wir fordern unsere ehemaligen Partner auf, sich keine Illusionen zu machen. All diese Tricks und Abenteuer sind zum Scheitern verurteilt".

Zuvor sagte Polens Vize-Außenminister Marcin Przydacz, dass Andrejew wegen der Entscheidung, die vier Gebiete in die Russische Föderation einzugliedern, in das Außenministerium der Republik vorgeladen worden war. Er betonte, dass die Beziehungen zu

Russland derzeit eingefroren seien, es gebe fast keine diplomatischen Kontakte. Die polnischen Behörden erklärten, dass sie die Ergebnisse der Referenden nicht anerkennen werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633c1f6db480cc7cac5eb746.jpg>

Die russische Botschaft in Warschau, Polen

20:46 de.rt.com: **Wärme­kraftwerk Saporoschje in Energodar unter Beschuss**

Die ukrainischen Streitkräfte sollen mit US-amerikanischen Haubitzen vom Typ M777 das Feuer auf die Stadt Energodar eröffnet haben. Unter anderem sei das Wärme­kraftwerk Saporoschje angegriffen worden. Darüber [informierte](#) am Dienstag Wladimir Rogow als Vertreter der Bewegung "Wir sind zusammen mit Russland". Insgesamt seien mehr als 30 Geschosse auf Energodar abgefeuert worden, berichtete auch die russische Nachrichtenagentur [TASS](#). In einem [Video](#) ist der Beschuss des Wärme­kraftwerkes Saporoschje durch die ukrainischen Truppen zu erkennen.

21:13 de.rt.com: **Selenskij verweigert der Krim, den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie Saporoschje und Cherson die Anerkennung als Teile Russlands**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat sein Dekret Nummer 687/2022 über die Nichtanerkennung der Ukraine jener Dokumente des russischen Präsidenten unterzeichnet, nach denen die Halbinsel Krim, die Volksrepubliken Donezk und Lugansk (DVR und LVR) sowie die Gebiete Saporoschje und Cherson nunmehr zur Russischen Föderation gehören. Das Dokument wurde am Dienstag in Kiew auf der Website des ukrainischen Präsidenten [veröffentlicht](#). Darin heißt es sinngemäß wörtlich:

"Die Dekrete des Präsidenten der Russischen Föderation Nr. 147 vom 17. März 2014, Nr. 71 vom 21. Februar 2022, Nr. 72 vom 21. Februar 2022, Nr. 685 vom 29. September 2022 und Nr. 686 vom 29. September 2022 sowie alle anderen Entscheidungen, Handlungen und Vereinbarungen, die auf der Grundlage der genannten Dekrete des Präsidenten der Russischen Föderation angenommen, erlassen und abgeschlossen wurden, werden für nichtig, also als nicht rechtswirksam erklärt."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633c665eb480cc4a67212ce3.jpg>

21:40 de.rt.com: Russisches Militär zerstört fünf ukrainische Munitionsdepots innerhalb eines Tages

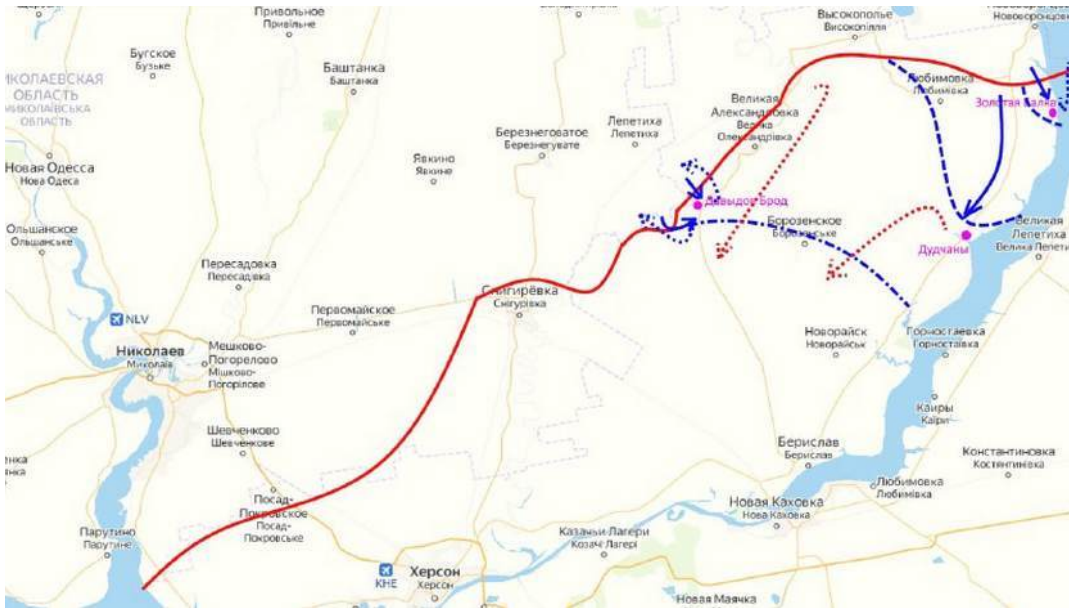
Die russischen Streitkräfte haben 43 ukrainische Artillerieeinheiten, Personal und Militärtechnik in 157 Bezirken angegriffen und fünf feindliche Munitionsdepots in der Volksrepublik Donezk sowie in den Gebieten Saporoschje und Nikolajew zerstört. Das teilte das russische Verteidigungsministerium mit und hob dabei wörtlich hervor: "Fünf Munitions-, Raketen- und Artilleriewaffendepots in den Gegenden bei Torskoje, Malinowka, Schelannoje in der Volksrepublik Donezk, Dimitrowo im Gebiet Saporoschje und Schewtschenkowo im Gebiet Nikolajew wurden zerstört."

21:56 de.rt.com: Ukrainische Truppen verzeichnen große Geländegewinne im Gebiet Cherson – Wie reagiert Russland?

Die ukrainische Offensive am rechten Dnjepr-Ufer des Gebiets Cherson stößt offenbar weiter vor als kurz zuvor angenommen. Auch der strategisch wichtige Ort in Frontnähe Dawydow Brod wurde von den russischen Truppen zurückgelassen.

Noch am Wochenende hatte es den ersten Durchbruch der ukrainischen Truppen im Norden des rechtsufrigen Teils des Gebiets Cherson gegeben, der noch während des Referendums über den Beitritt zu Russland zu 95 Prozent von den russischen Truppen kontrolliert worden war. Der erste Vorstoß gelang den ukrainischen Streitkräften bis zu dem Ort Dudtschany an der Linie entlang des Flusses Dnjepr.

Das bestätigte auch das russische Verteidigungsministerium, das am Montag von einem Durchbruch "zahlenmäßig überlegenen" Panzereinheiten an diesem Frontabschnitt berichtet hatte. Am Dienstag meldete die russische Seite auch den Verlust des Ortes Dawydow Brod an der Trennlinie im Westen dieser Zone. Neben Dawydow Brod verließen russische Einheiten die Orte Bolschaja und Malaja Alexandrowka, Staroselje, Trifonowka, Nowaja Kamenka, Olgino und Archangelskoje.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/JCOp1ZkmURzI9XWx9FwpMlfTYAfZ5ShWVhVkNOo4rr0dweGX50VKTEnnFdVsx5DyWv9f5M-sQYQpEQwaxeKgdHfJk9znWnSTOjoWq06tyiVK1EFv9IRPuoYxliHkmdawHqe_e4eySOAhyM4DnhofCmILauGo2FVb1dOCfvNOAU9SBR4Dvwm5FOJp0KUubinYrdeg5iGOLGQ_JWwV_SLvEq4lj8A3vKSX1IMfqCmUnZn7E9YTnf_I5o4zBnVRHMOQgICNl_g1AiNZhE3GLiMXUERU4CX60BoEqBni8KwFa6gf29B5zGt4NxbJolnQSSkRtttpeJVXUL8Jgak0Hf9g.jpg

Damit habe das russische Militär eine drohende Einkreisung vermieden, [argumentierten](#) mehrere Militärbeobachter. Derzeit würde eine neue Verteidigungslinie aufgestellt. Insgesamt gelang den ukrainischen Truppen ein Vorstoß von circa 50 bis 60 Kilometern Tiefe ins russische Hinterland. Gleichzeitig haben die Ukrainer den Beschuss der strategisch wichtigen Alexander-Brücke in Cherson und weiterer Orte in dieser Region mit US-Präzisionsartillerie verstärkt.

Auf in den sozialen Netzwerken geposteten Videos trampeln die ukrainischen Soldaten in den von ihnen zurückeroberten Dörfern auf der russischen Fahne herum. Ihre Aktionen werden von rassistischen und nazistischen Parolen begleitet.

Diese Nachrichten haben unter den zahlreichen russischen Militärbloggern und Kriegskorrespondenten immer wiederkehrende Debatte über mögliche Planungsfehler der Militärführung aufs Neue befeuert. Viele Beobachter waren sich einig: Die Gründe für diese militärische Niederlage seien die gleichen wie nur wenige Wochen zuvor im Gebiet Charkow und erst vor Kurzem bei Krasny Liman.

Vor allem fehle es an Personal und der damit verbundenen Kontrolldichte in der Region. Die ukrainischen Truppen hätten bei ihrer August-Offensive und weiteren kleineren Vorstoßversuchen die Stellungen der russischen Armee auf mögliche Schwachstellen an der Verteidigungslinie getestet. Auch die in Echtzeit von der NATO übermittelte Aufklärungsdaten verschafften der Ukraine einen großen Vorteil. Den russischen Truppen fehle es hingegen an Koordination und Munition, sie seien nach vielen Monaten ohne Rotation aufgerieben. Der Militärkorrespondent [Alexander Koz](#):

"Der Feind hingegen setzte ausgebildete Reserven ein, die sowohl personell als auch nachrichtendienstlich im Vorteil waren. Kiew nutzte die Zeit des Rückzugs und der Defensive, um neue kampfbereite Formationen aufzustellen."

Auch die von den NATO-Ausbildern erlernten und von technisch modernen Waffen gestützten Kampfaktiken der Ukrainer sowie ihre Kriegsliste hätten sich als erfolgreich erwiesen. Ein weiterer russischer Reporter mit Verbindungen zu den sich zurückziehenden Einheiten berichtete:

"Die Männer vor Ort berichten massenhaft, dass unsere taktischen Abzeichen, d. h. 'Z' und 'V', auf der Ausrüstung des Feindes angebracht wurden, was in den ersten Stunden des Kampfes, als die Front zusammenbrach, für Verwirrung sorgte. Wenn dies zutrifft, bedeutet es, dass der Feind über ein amerikanisches netzwerkgestütztes Gefechtsführungssystem verfügt, bei dem alle Einheiten auf dem Schlachtfeld miteinander vernetzt und auf Computern markiert sind, selbst auf Kompanieebene, ganz zu schweigen von der Ebene der Bataillone und Regimenter. So kann selbst ein Kompaniefeldwebel in einem Humvee, BMP oder T-64 auf dem Bildschirm sehen, wo sich seine eigenen Einheiten befinden und wo die anderen, und es ist ihm egal, welche Markierungen auf den Panzern zu sehen sind. Wenn das so ist, ist das sehr schlecht, denn es ist eine qualitativ neue Ebene der Truppenkontrolle."

Wie geht es nun weiter mit der ukrainischen Offensive? Darüber, ob die Ukrainer genug Kräfte für deren Fortsetzung haben, gibt es keine einhellige Meinung. Zwar ist die Gebietshauptstadt Cherson durch russische Eliteeinheiten vergleichsweise gut geschützt. Aber sie liegt weit im Süden, und das neue Geländegewinn würde dem ukrainischen Militär nun das Übersetzen aufs andere Dnjepr-Ufer mit Kampfbooten erleichtern, während für die Russen immer weniger Versorgungswege zum rechtsufrigen Teil des Gebiets bleiben. Die russische Seite hofft auf jeden Fall, dass die ersten neu mobilisierten Einheiten bald in den Frontgebieten eintreffen und die Wende zum Besseren bewirken können.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633c793eb480cc4a67212cf6.jpg>

Ukrainische Soldaten an der Südfront im September

22:04 de.rt.com: **Cherson: Offensive der ukrainischen Truppen gestoppt**

Die Lage an der Frontlinie in Cherson sei nicht kritisch, die Vorstoßversuche der ukrainischen Truppen seien gestoppt worden. Dies sagte der stellvertretende Leiter der Gebietsverwaltung Kirill Stremoussow dem Fernsehsender "Perwy Kanal". Die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti zitiert ihn:

"Im Norden in Richtung Cherson gibt es einige Vorstöße der ukrainischen Nazis. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass nicht nur die ukrainischen Nazis gegen uns kämpfen, sondern fast die gesamte NATO mit dem gesamten Instrumentarium, mit Satelliten und den tödlichen Waffen, die heute im Gebiet Cherson voll im Einsatz sind."

Nach Angaben des Beamten haben die Streitkräfte Russlands und der Nationalgarde gemeinsam mit den Luftstreitkräften diese Offensive des ukrainischen Militärs erfolgreich gestoppt. Stremoussow wies darauf hin, dass die ukrainischen Streitkräfte dabei erhebliche Verluste erlitten hätten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633c8193b480cc4b0f1a4ba6.jpg>

Ein ukrainischer Soldat sammelt Patronen während der Suche nach gefallen Soldaten am 26. September

22:23 de.rt.com: **Russischer Botschafter nach Einbestellung zur EU: Die USA bestimmen über euch**

Nach den Volksreferenden in den vier befreiten Gebieten haben viele Mitgliedsländer der Europäischen Union (EU) die jeweiligen Botschafter der Russischen Föderation in ihren Ländern einbestellt. Ziel hinter den diplomatischen Manövern ist es offenbar, Proteste gegen die von Russland unterstützten Volksreferenden in bisherigen Gebieten der Ukraine und deren damit möglichen Anschluss an Russland zum Ausdruck zu bringen. Der Sprecher der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Peter Stano, erklärte gegenüber CNN, dass die EU "als Reaktion auf die jüngsten Schritte Russlands" die russischen Botschafter in den EU-Mitgliedstaaten und bei den EU-Institutionen einbestellt habe.

Dabei scheint man sich jedoch offenbar nicht viel zu sagen zu haben, wie etwa in Warschau erkennbar wird, wo der russische Botschafter Sergej Andrejew in das polnische Außenministerium einbestellt wurde. Andrejew überreichte lediglich die diesbezügliche Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin in polnischer Sprache an den Staatssekretär im Außenministerium, nachdem dieser dem russischen Diplomaten den polnischen Protest gegen die Referenden zum Ausdruck gebracht hatte. Der russische Botschafter kommentierte das lediglich so:

"Dort ist alles genau erklärt."

Die Referenden stünden im Einklang mit dem Völkerrecht, wie er betonte. Auch scheint man auf russischer Seite eine politische Souveränität der EU als nicht mehr gegeben anzusehen. Der Botschafter sagte – auf die EU angesprochen –, man wisse [in Russland] genau, wer dort den Ton angibt, womit er zweifellos auf die USA anspielte.

<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-134310637&id=456258641&hash=f33caf97ef617491" width="640" height="360" frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>

https://vk.com/video-134310637_456258641

22:41 de.rt.com: **NASA trotz Warnungen der US-Regierung: "Kein Mangel an Mitarbeitern in Russland"**

Trotz Aufforderung der US-Behörden, die Amerikaner sollen Russland unverzüglich verlassen, scheint die NASA keine Personalnot im Land zu haben. Aus der Organisation heißt

es: Die aktuellen Spannungen hätten überhaupt keinen Einfluss auf die Arbeit der NASA in Russland.

In den letzten Wochen hat die US-amerikanische Regierung ihre Bürger mehrfach aufgerufen, Russland unverzüglich zu verlassen und alle Reisen nach Russland zu verschieben.

Offenbar haben die Mitarbeiter der NASA diese Aufforderung nicht ernst genommen:

Während eines Briefings zum bevorstehenden Start einer internationalen Crew zur ISS meinte der Leiter des ISS-Programms der NASA, Joel Montalbano, es gebe keinen Personalmangel in der Russland-Abteilung der US-Raumfahrt-Organisation, berichtet die Nachrichtenagentur RIA Nowosti am 4. Oktober.

"Wir sind jetzt voll besetzt", sagte Montalbano, nachdem er gefragt wurde, ob die NASA angesichts einer Empfehlung des US-Außenministeriums an US-Bürger, Russland zu verlassen, unter Personalmangel leide. Und fügte hinzu:

"Ich erwarte keine Auswirkungen der aktuellen Situation auf den bevorstehenden Start von Sojus im Frühjahr nächsten Jahres, wir haben genügend erforderliche Mitarbeiter."

Zuvor zitierte die Agentur RIA Nowosti bereits die stellvertretende Leiterin der NASA Kathy Lueders, die ebenfalls berichtete, die Zusammenarbeit der NASA mit Russland verlaufe trotz der geopolitischen Spannungen weiterhin "sehr professionell". Nach ihrer Einschätzung gebe es "noch Fragen, die zwischen den Parteien gelöst werden müssen", aber auf der Arbeitsebene schätze man die Beständigkeit und die Beziehungen, die auch "vor dem Hintergrund geopolitischer Herausforderungen fortbestehen", so die Agentur.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633c3ab948fbef41e5527478.jpg>

22:42 de.rt.com: **Nord-Stream-Betreiber wartet auf Erlaubnis für Inspektion der Schäden**

Der Betreiber der seit etwa 10 Jahren erfolgreich genutzten deutsch-russischen Ostseepipeline Nord Stream 1 will die schweren Schäden an den beiden Rohren dieser Pipeline untersuchen. Bisher sei man jedoch wegen fehlender Genehmigungen nicht in der Lage, die beschädigten Abschnitte zu inspizieren, teilte am Dienstagabend die Nord Stream AG an ihrem Firmensitz im Schweizer Kanton Zug mit.

Die Behörden der beiden angrenzenden Ostsee-Anrainerstaaten Schweden und Dänemark hielten demnach die Seegebiete rund um die Schadstellen in den Gewässern vor ihren Küsten während eigener derzeit laufender Untersuchungen gesperrt. Der Nord Stream AG zufolge schätzen die dänischen Behörden die Bearbeitungszeit der Anfrage zur Inspektion auf mehr als 20 Werktage.

Einer Mitteilung vom Dienstag zufolge hat die Nord Stream AG einen Dienstleister aus Norwegen beauftragt, die beschädigten Rohre am Grund der Ostsee zu untersuchen. Um auslaufen zu dürfen, warte das dafür geordnete Schiff nun auf das Eintreffen der entsprechenden Genehmigung durch das norwegische Außenministerium.

vormittags:

7:01 de.rt.com: Gebietsverwaltung Saporoschje: Kiew plant möglicherweise Anschlag auf Wasserkraftwerk DneproGES

Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptsrates der Verwaltung des Gebiets Saporoschje und Leiter der Bewegung "Wir sind zusammen mit Russland", hat der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti über "äußerst ungesunde Aktivitäten" rund um das Wasserkraftwerk DneproGES in der Stadt Saporoschje berichtet, die von der ukrainischen Armee kontrolliert wird. Rogow schloss nicht aus, dass die Regierung in Kiew Sabotageakte gegen das Wasserkraftwerk vorbereiten könnte, um dann Russland dafür verantwortlich zu machen. "Die Behörden in Kiew verstehen, dass Saporoschje de facto und de jure bereits zu Russland gehört und dass die Befreiung des restlichen Teils des Gebiets Saporoschje nur eine Frage der Zeit ist."

Im Fall eines unkontrollierten Wasserablasses könnte laut Expertenschätzungen eine 20 Meter hohe Welle entstehen, die die Stadt mit einer Geschwindigkeit von über 60 Kilometern pro Stunde überfluten könnte, erklärte Rogow.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633d0bdc480cc422d1b7c1b.jpg>

Wasserkraftwerk DneproGES, 1. Juli 2022

7:33 de.rt.com: Russlands Botschafter verurteilt weitere US-Militärhilfe an Ukraine: "Eine unmittelbare Bedrohung für strategische Interessen unseres Landes"

Anatoli Antonow, Russlands Botschafter in den USA, hat das weitere Paket von US-Militärhilfe an die Ukraine scharf kritisiert. Der Beschluss der US-Regierung, das Kiewer Regime weiterhin mit schweren Bewaffnungen zu beliefern, verankere nur den Status Washingtons als Teilnehmer des Konflikts.

"Wir empfinden dies als eine unmittelbare Bedrohung für strategische Interessen unseres Landes."

Von den westlichen Waffenlieferungen an die Ukraine gingen zweierlei Gefahren aus: Einerseits verlängerten sie das Blutvergießen und führten zu neuen Opfern, andererseits steigerten sie das Risiko einer direkten militärischen Konfrontation zwischen Russland und dem Westen, erklärte der Diplomat.

"Wir rufen Washington auf, mit seinen provokativen Handlungen aufzuhören, die zu ernsthaftesten Folgen führen können."

Am Dienstag hatte die Pentagon-Pressestelle ein neues Paket von US-Militärhilfe an die Ukraine in Höhe von 625 Millionen US-Dollar angekündigt. Dies sehe eine Lieferung von vier HIMARS-Mehrfachraketenwerfern, 32 Haubitzen, 200 gepanzerten Wagen und Munition

vor.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633d154548fbef40260438a0.jpg>

8:59 (7:59) novorosinform.org: **Russische Truppen stoppten den Vormarsch der Streitkräfte der Ukraine nach Swatowo in der LVR**

Schwere Kämpfe finden in Richtung Swatowo in der LVR statt, aber die Truppen der russischen Koalition haben es geschafft, die Offensive der ukrainischen Truppen zu stoppen, berichtet der Telegram-Kanal „Notizen eines Veteranen“.

Den russischen Truppen sei es gelungen, den ukrainischen Streitkräften Kämpfe in schwierigem Gelände bei Swatowo aufzuzwingen, wodurch der Feind Verluste erlitten habe, so die Quelle.

"Dicker Schlamm hindert die Streitkräfte der Ukraine am Manövrieren, was den Feind seines Hauptvorteils beraubt. Die 3. motorisierte Schützendivision stoppte den Vormarsch der Nazis in Richtung Swatowo, es gibt schwere Kämpfe", heißt es in der Nachricht des Telegram-Kanals.

Der Autor des Kanals wies darauf hin, dass auch die intensiven Kämpfe auch in Richtung Cherson fortgesetzt würden, wo russische Truppen den Streitkräften der Ukraine vorteilhafte Kampfaktiken aufzwingen konnten.



https://www.novorosinform.org/content/images/49/36/54936_720x405.jpg

8:05 de.rt.com: **Vizechef der Gebietsverwaltung Cherson: Ukrainische Truppen werden es nicht bis nach Cherson schaffen**

Der stellvertretende Chef der Verwaltung des Gebiets Cherson Kirill Stremoussow hat im

Gespräch mit dem russischen Moderator Wladimir Solowjow erklärt, dass man ukrainische Soldaten aus den von ihnen eingenommenen Dörfern im Gebiet Cherson auf jeden Fall zurückdrängen werde. Alle ukrainischen Gegenoffensiven seien nutzlos und führten nur zu hohen Verlusten, die nicht gerechtfertigt seien.

"Wir werden sie alle auf jeden Fall zurückschlagen und das Gebiet Cherson wird nie wieder unter das faschistische und nazistische Regime zurückkehren."

Das Gebiet Cherson sei jetzt ein Teil der Russischen Föderation und die russische Armee werde sich daraus nicht zurückziehen. An der Kontaktlinie werde derzeit gekämpft. Russische Armeeangehörige dämmten den ukrainischen Vorstoß trotz der mehrfachen zahlenmäßigen Überlegenheit des Gegners ein.

"Bis nach Cherson werden sie es nicht schaffen. Es ist unmöglich in dieser Situation."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633d1c6f48fbef42c054deca.jpg>

Stele an einer Zufahrtsstraße vor der Stadt Cherson, 3. August 2022

9:00 de.rt.com: **Gazprom liefert wieder Gas nach Italien**

Der Transport von russischem Gas durch Österreich wird demnach wieder aufgenommen.

Laut ersten Informationen des Unternehmens ist es "Gazprom gemeinsam mit den italienischen Käufern gelungen, eine Lösung für die Form der Zusammenarbeit unter den Bedingungen der regulatorischen Änderungen in Österreich Ende September zu finden".

Der österreichische Gas-Betreiber hat sich laut der Mitteilung bereiterklärt, "die Transportnominierungen von Gazprom Export zu bestätigen, wodurch die Wiederaufnahme der russischen Gaslieferungen durch Österreich möglich wird". Italien erhält russisches Gas über eine Pipeline-Route, die durch Österreich führt.

Der italienische teilstaatliche Konzern und größte Gasimporteure Eni hatte laut der Deutschen Presse-Agentur (dpa) zuvor mitgeteilt, "er wolle Garantien an Österreich bezahlen, damit die Alpenrepublik wieder Gas nach Italien weiterleite".

So hätten "absolut keine geopolitischen Gründe" als Grund für den Lieferstopp vorgelegen, so Aussagen des Unternehmens Eni. Vielmehr seien zuvor "Probleme bei Bezahlungsdetails in Rubel oder Euro" aufgetreten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633d344248fbef41e5527501.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 05.10.2022

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 50 Mann;
- 3 Schützenpanzerwagen;
- 6 Spezialfahrzeuge.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik wird wieder ein friedliches Leben aufgebaut.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 4. Oktober haben sie mehr als 5 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Koljadowka und Pobeda zurückgelassen wurden, gesäubert.

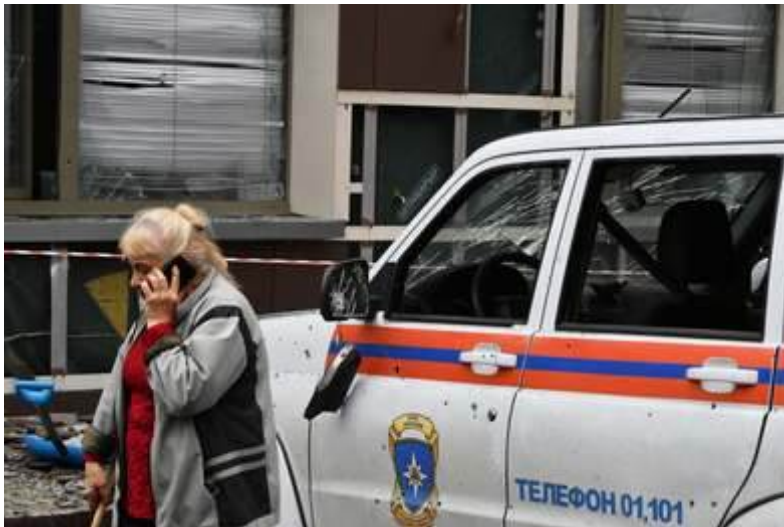
Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

9:30 de.rt.com: Donezk meldet 49 Angriffe und zwei getötete Zivilisten binnen 24 Stunden

Die Behörden in Donezk haben innerhalb der vergangenen 24 Stunden 49 Angriffe durch ukrainische Truppen registriert. Demnach wurden auf das Territorium der Republik mindestens 193 Geschosse abgefeuert. Dabei setzte das ukrainische Militär Geschosse im Kaliber 155, 152, 122 und 120 Millimeter ein. Unter Beschuss gerieten acht Wohngebiete, darunter auch Donezk.

Bei den Angriffen in der Zeitspanne von 6:00 Uhr am 4. Oktober bis 6:00 Uhr am 5. Oktober (Ortszeit) wurden zwei Zivilisten in zwei Bezirken von Donezk getötet. Ein Einwohner von Donezk und ein Jugendlicher aus Makejewka erlitten Verletzungen. Insgesamt wurden bei den Attacken fünf Wohnhäuser und vier zivile Infrastrukturobjekte beschädigt.

Am Vortag hatten die Behörden von Donezk mehr als 43 Angriffen aus der Ukraine berichtet. Dabei wurden zwei Zivilisten verletzt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633d210eb480cc3f3506242a.jpg>

Folgen ukrainischen Beschusses auf Donezk, 28. September 2022

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 05.10.22 um 10:30 Uhr

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **193 Geschosse** mit Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie Mörsern des Kalibers 120mm **abgefeuert**.

Die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses **starben 2 Zivilisten, 2 wurden verletzt**. 5 Häuser und 4 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 1 Mehrfachraketenwerfer „Uragan“, 2 Feuerpositionen von Mörsermannschaften, 3 Schützenpanzerwagen und 2 Drohnen.

Die Verluste an Personal des Gegners betrugen 40 Mann.

Derzeit gehen Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepetok“ (PFM-1S) weiter.

Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

10:33 (9:33) novorosinform.org: „Der Westen begann Fragen zu stellen“: Sacharowa kommentierte den „Musk-Plan“ für die Ukraine

Die Vorschläge des amerikanischen Geschäftsmanns Elon Musk zur Lösung des Konflikts in der Ukraine seien Teil einer öffentlichen Diskussion, was darauf hindeute, dass auch der Westen begonnen habe, Fragen zu den Geschehnissen zu stellen, kommentierte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, Musks Äußerungen in sozialen Netzwerken.

Einwohner der Vereinigten Staaten und Europas spürten die weltweiten Umwälzungen im Zusammenhang mit der Situation um die Ukraine aus erster Hand und begannen Fragen zu stellen, warum all dies geschieht und welche Rolle die NATO „in dieser Geschichte“ spielt,

sagte Sacharowa im Radio Sputnik.

„Es hat keinen Sinn, das alles zu kommentieren, weil dies eine öffentliche Diskussion ist. Die Welt erlebt jetzt all die Umwälzungen, die mit der Situation um die Ukraine verbunden sind und vom Westen provoziert wurden, sehr tief. Im Westen beginnt sich die Frage zu stellen: Was bedeutet das alles im Allgemeinen, warum passiert das alles, und welche Rolle spielen das Weiße Haus, die USA, die NATO-Strukturen bei all dem? kommentierte Maria Sacharowa die Vorschläge von Musk.

Zuvor hatte Musk Zweifel an der Möglichkeit eines Sieges Kiews im Falle eines umfassenden Krieges mit Moskau geäußert und die Parteien aufgefordert, den Konflikt mit diplomatischen Mitteln zu lösen. Der Geschäftsmann bot seine Vision eines "Fahrplans" zur Lösung des Konflikts an, der eine "wiederholte Abstimmung" im Donbass "unter der Aufsicht von UN-Vertretern", die Erhaltung der Republik Krim als "formellen Teil Russlands" beinhaltete, sowie die Bereitstellung von Garantien für die Wasserversorgung der Halbinsel und den neutralen Status der Ukraine.



https://www.novorosinform.org/content/images/49/43/54943_720x405.jpg

Maria Sacharowa

9:53 de.rt.com: **Gesetz unterzeichnet: DVR, LVR, Saporoschje und Cherson gehören nun offiziell zu Russland**

Russlands Präsident Wladimir Putin hat am Mittwochmorgen Gesetze zur Ratifizierung der Abkommen über die Aufnahme der Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie der Gebiete Cherson und Saporoschje in die Russische Föderation unterzeichnet.

Cherson, Saporoschje, Lugansk und Donezk gehören nun offiziell zu Russland. Wladimir Putin unterzeichnete am Mittwoch die zuvor von der Staatsduma und dem Föderationsrat beschlossenen Gesetze zur Aufnahme der vier Regionen ins russische Staatsgebiet und setzte sie somit in Kraft.

Putin ernannte zudem die Interimschefs der neuen Gebiete. In der Volksrepublik Donezk ist es Denis Puschilin, in der Volksrepublik Lugansk Leonid Passetschnik, in Cherson ist es Wladimir Saldo und in Saporoschje Jewgeni Balizki. Sie sollen bis zur Wahl neuer Regionalparlamente, die für September 2023 geplant sind, im Amt bleiben.

Wie die russische Agentur TASS berichtet, werden die Einwohner der vier Regionen als russische Staatsbürger anerkannt. Menschen, die auf die russische Staatsbürgerschaft verzichten wollen, haben einen Monat Zeit, um einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Die neuen Regionen sollen bis 2026 vollständig in die Russische Föderation integriert werden. Gesetzliche Bestimmungen, einschließlich der Todesstrafe, die der russischen Verfassung widersprechen, werden nicht angewandt. Bis Ende dieses Jahres kann man in diesen Gebieten noch in ukrainischer Griwna zahlen, danach wird dort nur noch der russische Rubel als Währungseinheit akzeptiert. Die Streitkräfte der neuen Regionen sollen den

russischen Streitkräften angegliedert werden.

Der Angliederung gingen Volksabstimmungen voraus, bei denen sich die Mehrheit für den Beitritt zu Russland aussprach. Kiew hält die Referenden für illegal. Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij unterzeichnete ein Dekret über die Nichtanerkennung des Beitritts der vier Regionen zu Russland.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633d3497b480cc4575214baf.jpg>

Wladimir Saldo, Jewgeni Balizki, Wladimir Putin, Denis Puschilin und Leonid Passetschnik am 30. September im Kreml

11:01 (10:01) novorosinform.org: **Streitkräfte der Ukraine begannen, sich aus Artjomowsk zurückzuziehen – Puschilin**

Die ukrainischen Truppen seien nicht mehr in der Lage, ihre Stellungen in Richtung Artjomowsk zu halten, deshalb begannen sie, sich zurückzuziehen, sagte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin.

Die Streitkräfte der Ukraine zögen sich aus der Stadt Artjomowsk zurück und überließen ihre Positionen den alliierten Streitkräften, sagte das Oberhaupt der Republik Donezk in einer Sendung des Fernsehsenders Solowjow Live.

Puschilin fügte hinzu, dass die von den Truppen der russischen Koalition besetzten Positionen der ukrainischen Kämpfer zur Befreiung weiterer vom Kiewer Regime besetzter Siedlungen der DVR beitragen werden.

"Wir registrieren, dass sich der Feind aus Artjomowsk selbst zurückzieht, da er seine zuvor besetzten Positionen nicht halten kann. Die Einnahme von Artjomowsk wird eine günstige Voraussetzung für die Befreiung weiterer Siedlungen schaffen", schloss er.



https://www.novorosinform.org/content/images/49/45/54945_720x405.jpg

10:04 de.rt.com: **Sekretär des russischen Sicherheitsrats warnt vor hohen Terrorrisiken auf der Krim – bereits zwölf Anschläge vereitelt**

Nikolai Patruschew, der Sekretär des russischen Sicherheitsrates, hat bekannt gegeben, dass es derzeit auf der Schwarzmeer-Halbinsel Krim ein hohes Risiko von Terrorbedrohungen gebe.

Er erklärte dies mit der militärischen Sonderoperation Russlands in der Ukraine. Patruschew rief die Behörden der Teilrepublik Krim auf, Versäumnisse in der örtlichen Sicherheit unverzüglich auszuräumen.

"In einer Reihe von potenziell gefährlichen Objekten gibt es keine physische Wache und keine technischen Sicherheitsmittel."

Gleichzeitig verwies der Sekretär des Sicherheitsrates auf die jüngsten Statistiken, wonach die Zahl der Verbrechen mit Verwendung von Waffen, Munition und Sprengstoffen erheblich gestiegen sei. Patruschew zufolge seien zuletzt auf der Krim zwölf Terrorakte verhindert worden. Unter anderen ernsthaften Gefahren im Schwarzmeerraum nannte er die Aktivitäten der NATO-Staaten, ukrainische Minen und Unterwasserdrohnen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633d302ab480cc36a079629f.jpg>

Polizeibeamte in der Siedlung Maiskoje in der russischen Teilrepublik Krim, 16. August 2022

10:30 de.rt.com: **Zahlreiche Firmen wollen Preise noch stärker erhöhen: Besonders Lebensmittel** Das Münchner Wirtschaftsforschungs-Institut ifo geht laut [Tagesschau](#) von weiter anziehender Inflation in Deutschland aus. Das Barometer mit den Preiserwartungen für die kommenden Monate stieg im September auf 53,5 Punkte nach 48,1 Zählern im August, wie das ifo am Mittwoch zu seiner monatlichen Unternehmensumfrage mitteilte. Etwa im Lebensmittelhandel planen demnach sämtliche befragten Firmen, die Preise erhöhen. Auch Gas und Strom werden sich laut Einschätzung der Ökonomen noch weiter verteuern, ebenso wie die Preise in der Gastronomie. "Die Inflationswelle dürfte daher leider noch nicht abebben", sagte ifo-Konjunkturchef Timo Wollmershäuser. "Vor allem bei Gas und Strom ist noch einiges in der Preispipeline." Im September hatte die Inflationsrate mit offiziell 10 Prozent bereits den höchsten Stand seit Jahrzehnten erreicht.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633d50e5b480cc449572a047.jpg>

11:01 de.rt.com: **EU-Staaten bringen weiteres Sanktionspaket gegen Russland auf den Weg**

Die EU-Staaten haben ein achttes Paket mit Sanktionen gegen Russland auf den Weg gebracht. Die ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten billigten am Mittwoch unter anderem die rechtlichen Voraussetzungen für einen von den G7-Staaten unterstützten Preisdeckel für Ölimporte aus Russland. Das bestätigten mehrere Diplomaten der Deutschen Presse-Agentur in Brüssel. Die Einigung sollte bis Donnerstagvormittag im schriftlichen Verfahren von den Hauptstädten bestätigt werden.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte das Paket Mitte vergangener Woche vorgeschlagen. Teil der Grundsatzeinigung zu den neuen Sanktionen sind verschiedene Exportverbote, die bestimmte Schlüsseltechnologien für die Luftfahrt betreffen. Zudem soll es unter anderem ein Importverbot für bestimmten Stahl aus Russland geben. Auch soll es EU-Bürgern künftig verboten sein, Sitze in Führungsgremien russischer Staatsunternehmen einzunehmen. Hinzu kommen Strafmaßnahmen gegen Personen, die bei der Durchführung der Beitrittsreferenden geholfen haben. Sie werden mit Einreiseverboten und Vermögenssperren belegt. Mit dem neuen Sanktionspaket schaffen die EU-Staaten auch die Grundlage dafür, dass Russland Öl künftig für einen deutlich niedrigeren Preis an große Abnehmer wie Indien verkaufen muss.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633d52ec48fbef423d3d5f1c.jpg>

11:25 de.rt.com: **NRW-Landrat bereitet sich auf "Stromausfälle länger als 72 Stunden vor"**

Im Interview mit der Welt gibt sich der Landrat des Kreises Steinfurt (Nordrhein-Westfalen) [alarmiert](#): "Wir bereiten uns sowohl auf kurzzeitige als auch insbesondere auf lang andauernde Stromausfälle vor, die länger als 72 Stunden dauern."

Weiterhin betont der parteilose Martin Sommer: "Wir haben in einer sehr heilen Welt in Deutschland gelebt. Wir müssen die Resilienz der Menschen wieder stärken, ganz unabhängig vom Ukraine-Krieg. Es fällt schon auf, dass ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung offenbar davon ausgeht, dass der Staat sich um alles kümmert und alle Probleme löst."

Die Kommunen bereiten derzeit ein Netz von sogenannten Katastrophenschutz-Leuchttürmen vor, um im Notfall gewappnet zu sein. Sommer rät sich an die Empfehlungen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz zu halten. Man sollte also Vorräte und Trinkwasser für ein paar Tage und Leuchtmittel im Haushalt haben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633d4d03b480cc422d1b7c57.jpg>

12:41 (11:41) novorosinform.org: **Söldner machen 70% der ukrainischen Streitkräfte im Lugansker Frontabschnitt aus - Innenministerium der LVR**

Nur 30% der Vertreter der Streitkräfte der Ukraine in Richtung Lugansk sind Ukrainer, der Rest sind Söldner aus europäischen Ländern. Dies gab der LVR-Polizeioberst Vitali Kiseljow bekannt.

Ihm zufolge beteiligen sich die Polen, Franzosen, Finnen, Rumänen und Italiener am aktivsten an den Feindseligkeiten auf Seiten Kiews.

"Die Angriffsabteilungen, die jetzt versuchen, aus der Richtung von Charkow nach Swatowo und Kremennaja, durchzubrechen, sind Albaner, die einen Lohn von zwei- bis dreitausend Dollar pro Tag erhalten", präzisierte der Oberst.

Wie Kiseljow feststellte, werden europäische Söldner von Kiew ebenso hoch geschätzt, etwa 40.000 Dollar werden monatlich für ihren Unterhalt ausgegeben.

Laut dem Vertreter der Behörde bestehe das Hauptziel der Streitkräfte der Ukraine in Richtung Lugansk darin, die „strategische Höhe im Bereich von Swatowo“ zu erobern.



https://www.novorosinform.org/content/images/49/55/54955_720x405.jpg

11:43 de.rt.com: **Wissenschaftler fordern Primärdaten zu Zulassungsstudien von Corona-Impfstoffen**

Eine Re-Analyse weckte kürzlich Zweifel am Wirksamkeitsprofil der COVID-Vakzine. Für

eine detaillierte Analyse bräuchte man die Primärdaten der Zulassungsstudien, doch die Pharmakonzerne verweigern die Herausgabe. In der Wissenschaft sorgt dies für Unmut. In der letzten Zeit gibt es wieder vermehrt Kritik am Einsatz der COVID-19-Impfstoffe. Auch wenn einige Mediziner dieser Kritik nicht zustimmen und die Meinungen unter den Fachleuten teils auseinandergehen, so herrscht doch in einem Punkt Einigkeit: Fast alle fordern unabhängige Studien, die zur Zulassung der COVID-Impfstoffe von BioNTech/Pfizer und Moderna führten. Diese Studien sind zwar veröffentlicht, allerdings beinhalten sie nicht die Primärdaten. Die Pharmakonzerne haben somit die Hoheit über die Interpretation der Daten.

Indes sprechen auch die veröffentlichten Daten nicht unbedingt für die Corona-Impfstoffe: So hatte der Mediziner und Senior Editor des British Medical Journal, Peter Doshi, in einer Re-Analyse der bereits veröffentlichten, bearbeiteten Daten deutlich mehr schwere Impfnebenwirkungen festgestellt als offiziell angegeben. Demnach ist das Kosten-Nutzen-Verhältnis der mRNA-Vakzine negativ (RT DE [berichtet](#)). Wie Doshi im Interview mit der Welt weiter ausführte, ergaben sich bei BioNTech/Pfizer 18 und bei Moderna sieben Fälle mit schweren Komplikationen – darunter vor allem Herzscheidigungen und Thrombosen.

Doshi räumte allerdings auch ein, dass die Aussagekraft der Analyse beschränkt sei, da sie beispielsweise keine Aussagen zu den Altersgruppen beinhalte. Hierzu bräuchte man detaillierte Daten zu Versuchspersonen, die in den Primärdaten zu finden wären.

Das Problem dabei: Die Hersteller halten diese Daten unter Verschluss, Anfragen auf Einsicht werden abgelehnt. Laut Doshi habe Pfizer im Studienprotokoll geschrieben, dass man die Daten qualifizierten Wissenschaftlern zwei Jahre nach Abschluss der Studie zugänglich machen würde.

"Das wäre der Mai 2023 gewesen. Vor kurzem hat Pfizer das Datum jedoch um neun Monate [hinausgeschoben](#). Begründung: Eine einzige von rund 44.000 Personen, die an der Studie teilnehmen, sei erst im April 2022 zum zweiten Mal geimpft worden. Das verzögere nun alles. Auch Moderna hat das ursprünglich erwartete Abschlussdatum vom 27. Oktober auf den 29. Dezember 2022 verlegt. [...] Die Geheimhaltung von Daten ist inakzeptabel. Da steht die Frage im Raum, wie Regierungen solche Produkte empfehlen oder gar anordnen können." Und weder die Europäische Arzneimittelbehörde EMA noch die US-amerikanische Behörde FDA können oder wollen bei der Frage nach den Primärdaten weiterhelfen. Auf eine Anfrage der [Welt](#) erklärte die EMA, man habe alle klinischen Daten veröffentlicht, die als Teil des Antrags auf bedingte oder vollständige Zulassung eingereicht wurden. Primärdaten wie das Alter oder Vorerkrankungen der Versuchsteilnehmer finden sich jedoch nicht darunter. Der Pharmakonzern BioNTech verweist seinerseits auf den "Datenschutz" und hat erklärt, man könne "Informationen, die unter den Datenschutz von persönlichen und Patientendaten fallen, nicht offenlegen."

In Deutschland ist das Paul-Ehrlich-Institut für die Erfassung von Impfnebenwirkungen zuständig. Die Behörde nutzt dabei die Meldungen von Ärzten, verweist aber auch darauf, dass man für bessere Analysen Daten der Patienten bräuchte, vorzugsweise von Krankenkassen. Viele Ärzte geben zudem an, dass sie aufgrund des Arbeitsaufwands Nebenwirkungen der Corona-Impfung oft nicht melden würden. In der Wissenschaft sorgt das fragwürdige Verhalten der Pharmakonzerne daher zunehmend für Kritik: So erklärte der Charité-Immunologe Andreas Radbruch, das kritische Prüfen von Daten sei Grundlage der Wissenschaft:

"Daten unter Verschluss zu halten oder den Zugang zu erschweren, lässt den Verdacht aufkommen, die Impfstoffe könnten nicht so sicher sein wie behauptet. Die Einsicht sollte zumindest Fachleuten möglich sein."

Der Virologe Alexander Kekulé ist gar der Ansicht, dass die Primärdaten eine Art öffentliches Gut seien:

"Dass die Pharmahersteller die Daten nicht herausrücken, ist nicht zu rechtfertigen. Bei einem

Und auch Jörg Meerpohl, Mitglied der Ständigen Impfkommission, fordert den Zugang zu "allen relevanten Daten aus allen klinischen Studien" – da er bezweifelt, dass das vorliegende Material ausreicht.



Auf von der Behörde veröffentlichten [Fotos](#) sind die Zerstörungen zu sehen.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/PRp1k1OIqbDwU3Yummi1jF8jErmPkis-QwOamr8CsWk-qNVp5WlVRK4lv2mb8EZdWQiwFrvGhflSRck4A2nnBonweTD6tn1jOSRLXQ1hjbR3eKV s0c3ZelbGWTQp8YkZqnsV2qy-M_W4zYwYwhK9wPsarL-BmRdzU2bkc0k-YHpsSO62qgSfRcZfB-bCOgKIQM9uDf8UKpR2dwYO62fB6cFMegF7ATK6Z86F02e5ShjP1Q9CA5G_gJJX5wfiqrUTwxVL_oL6GZc5RTkBHzKBU7Ypcz4DvcQzlUc-PwFi6WVvzLNdnesVBkcKoGe7VtLineUWXhy8wh_OCfGS0bdUqg.jpg

12:20 de.rt.com: **Thüringer IHK-Präsident kritisiert Bund-Länder-Treffen**

Thüringer Unternehmen reagieren laut dem MDR [enttäuscht](#) auf die fehlenden Beschlüsse beim Bund-Länder-Treffen am Dienstag. Der Präsident der IHK Erfurt, Dieter Bauhaus warf der Bundesregierung vor, ihre Aussagen nicht wie erwartet konkretisiert zu haben. Die Wirtschaft brauche aber verlässliche Aussagen, weil die Situation immer dramatischer werde. Laut einer aktuellen IHK- Umfrage erwarten 75 Prozent der Unternehmen einen Rückgang ihrer Geschäfte. Die Bundesregierung will mit insgesamt 295 Milliarden Euro Steuergeldern die größten Härten der aktuellen Krise für Bürger und Wirtschaft abfedern. Knapp 45 Milliarden Euro davon sollen die Bundesländer übernehmen. Wie genau die Entlastungen aussehen werden, ist weiter völlig unklar.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633d5ab248fbef423d3d5f2a.jpg>
 Pressekonferenz mit IHK-Chef Dieter Bauhaus, Erfurt 01.03.2021

13:22 (12:22) [novorosinform.org](#): **Russische Streitkräfte formieren sich in der Nähe von Cherson neu – Stremousow**

Die russische Truppen in der Region Cherson formieren sich neu, um gegen die Positionen der ukrainischen Armee zurückzuschlagen, sagte Kirill Stremousow, stellvertretender Leiter der Regionalverwaltung.

Laut Stremousow beabsichtigen die russischen Truppen, ihre Kräfte zu sammeln, um nicht nur weitere Versuche der Streitkräfte der Ukraine zu vereiteln, tief in die Region vorzudringen, sondern auch, um der gesamten Gruppierung einen starken Schlag zu versetzen und aus der Region Cherson hinaus zu drängen.

„Die russische Armee führt Manöver durch. Die Neugruppierung der Front unter den gegenwärtigen Bedingungen ermöglicht es uns, unsere Kräfte zu sammeln und bereits zuzuschlagen“, zitiert [RIA Nowosti](#) die Worte eines Regierungsbeamten.



https://www.novorosinform.org/content/images/49/59/54959_720x405.jpg

12:33 de.rt.com: **Sekretär des russischen Sicherheitsrates: Nord-Stream-Sabotage erinnert an Anschlag auf Erdölleitung in Nicaragua im Jahr 1983**

Nikolai Patruschew, der Sekretär des russischen Sicherheitsrates, hat am Mittwoch die Sabotage der Gaspipelines Nord Stream 1 und 2 als Akt des internationalen Terrorismus bezeichnet, dessen Folgen für die europäische Bevölkerung spürbar werden könnten. Der wirtschaftliche Profiteur seien in erster Linie die USA. In diesem Zusammenhang erinnerte Patruschew an die Sprengung einer Erdölleitung in Nicaragua im Jahr 1983.

"Damals verübten von der CIA angeworbene Saboteure Attacken gegen Nicaragua. Es kam darunter zur Sprengung einer Erdölleitung in einem Hafen."

Patruschew sagte ferner, die damalige US-Regierung habe sich geweigert, an der Untersuchung des Falls teilzunehmen, und die Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofs (IGH) zurückgewiesen. Zudem habe Washington Veto gegen eine entsprechende Resolution des UN-Sicherheitsrates eingelegt.

"Das Ergebnis war, dass Nicaragua für den zugefügten Schaden nicht einmal entschädigt wurde."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633d39d5b480cc36a07962b0.jpg>

Nikolai Patruschew

12:52 de.rt.com: **Medienbericht: EU einigt sich auf Preisdeckel für russisches Öl**

Um den sogenannten Preisdeckel für russisches Öl innerhalb der Europäischen Union (EU) durchzusetzen, wurden offenbar Zugeständnisse an die Staaten Zypern, Griechenland und Malta gemacht, wie "Politico" meldet. Die Mittelmeerstaaten hatten sich bisher den Plänen widersetzt.

Die EU hat sich vorläufig darauf geeinigt, eine Preisobergrenze für den Verkauf von russischem Öl an Drittländer einzuführen, berichtete das Magazin Politico am Dienstag unter Berufung auf diplomatische Quellen. Zypern, Griechenland und Malta hatten zuvor Bedenken wegen der möglichen Auswirkungen auf ihre Schifffahrtsindustrien angemeldet, bekamen aber offenbar Zugeständnisse zugesagt.

Die Preisobergrenze ist Teil einer achten Runde von Anti-Russland-Sanktionen, die Brüssel voraussichtlich noch in dieser Woche unter Hinweis auf den Konflikt in der Ukraine einführen will. Die EU-Botschafter erzielten am Dienstag eine Einigung und wollen den endgültigen Text am Mittwoch verabschieden, berichtete Politico unter Berufung auf sieben Diplomaten, die alle anonym bleiben wollten.

Die Einzelheiten der Sanktionen müssen noch schriftlich bestätigt werden, und es bestehe eine "begrenzte" Chance, dass die Einigung noch scheitern könnte, so eine Quelle. Die drei Mittelmeeraanrainerstaaten waren Berichten zufolge besorgt über die Auswirkungen der Beschränkungen auf ihre Handelsschifffahrt. Doch Brüssel bot "Zugeständnisse" in Form eines "Überwachungssystems" an, das Maßnahmen zur Abmilderung der Auswirkungen des Embargos auslösen würde, falls es aufgrund von Praktiken wie dem Umflaggen von Handelsschiffen zu "erheblichen Geschäftseinbußen" käme.

Preis für Obergrenze noch nicht festgelegt

Die EU hat bereits die Einfuhr von Kohle aus Russland verboten, und ein Ölembargo soll im Dezember in Kraft treten. Die Preisobergrenze zielt darauf ab, Moskaus Erdölexporte in Drittländer mit in der EU registrierten Schiffen zu blockieren, da die EU bereits alle russischen Schiffe mit Sanktionen belegt hat. Ungarn teilte unterdessen mit, es habe die Zusicherung erhalten, dass die Preisobergrenze nicht für über Pipelines geliefertes Öl gelten werde.

Die Russland-Sanktionen der USA und ihrer Verbündeten haben zu einem sprunghaften Anstieg der Ölpreise geführt, sodass Russland mehr Einnahmen aus den Exporten generiert als vor dem Embargo. Mit der von der G7 vorgeschlagenen Preisobergrenze soll dies neutralisiert werden. Dem Vorschlag zufolge sollen sich EU-Schiffe weigern, russisches Öl zu transportieren, wenn der Preis über der Obergrenze liegt, deren Wert noch nicht festgelegt

wurde.

Die Sanktionen haben auch dazu geführt, dass die EU mit schweren Energieengpässen zu kämpfen hat. Die Staats- und Regierungschefs der EU haben jedoch immer wieder erklärt, die Ukraine auf unbestimmte Zeit zu unterstützen, egal was passiert.

Moskau hat deutlich gemacht, dass es sich nicht an die Preisobergrenzen halten wird. Der stellvertretende Ministerpräsident Alexander Nowak warnte, dass Russland sich einfach weigern werde, Treibstoff an Länder zu verkaufen, die versuchen, die Preisobergrenzen durchzusetzen oder sich daran zu halten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633d5af1b480cc449572a05a.jpg>

Öltanker am 31. Juli 2022 in Nachodka, Russland

13:06 de.rt.com: **Gebietsverwaltung Saporoschje meldet mehr als 40 Angriffe auf Energodar binnen 24 Stunden**

Jewgeni Balizki, der am Vormittag vom russischen Präsidenten Wladimir Putin zum interimistischen Gouverneur des Gebiets Saporoschje ernannt worden ist, wirft der ukrainischen Regierung vor, gezielt das Wärmekraftwerk Saporoschje anzugreifen, um eine Beheizung in der Region unmöglich zu machen. Balizki zufolge habe das ukrainische Militär in den vergangenen 24 Stunden mehr als 40 Angriffe auf die Stadt Energodar und ihre Umgebung durchgeführt. Zum Einsatz kämen auch HIMARS-Mehrfachraketenwerfer.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633d41d648fbef41e552750f.jpg>

Menschen und abgebrannte Autos in Energodar, 11. September 2022

13:19 de.rt.com: **Lukaschenko erklärt Weißrusslands Rolle im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine**

Weißrusslands Teilnahme am Konflikt in der Ukraine ist auf Selbstverteidigung und eine Rückendeckung Russlands beschränkt, so der weißrussische Präsident Lukaschenko. Militärisch in den Konflikt eingegriffen hat Minsk bisher nicht.

Weißrussland ist ein Teilnehmer der russischen Militäroperation in der Ukraine, sagte

Alexander Lukaschenko am Dienstag. Der weißrussische Präsident betonte aber, dass die Rolle seines Landes in diesem Konflikt streng begrenzt sei.

"Wir verschweigen das zwar nicht, aber wir töten auch niemanden. Wir schicken unsere Truppen nirgendwo hin, aber wir stehen auch zu unseren Verpflichtungen", zitierte die staatliche Nachrichtenagentur BELTA den weißrussischen Staatschef während seines Treffens mit dem Sekretär des nationalen Sicherheitsrats Alexander Wolfowitsch.

"Unsere Rolle besteht vor allem darin, zu verhindern, dass sich dieser Konflikt auf das Territorium Weißrusslands ausbreitet. Zweitens soll ein Angriff Polens, Litauens und Lettlands gegen Weißrussland am Beispiel der speziellen Militäroperation in der Ukraine verhindert werden."

Weißrussland, ein langjähriger militärischer Verbündeter Russlands, erlaubte Ende Februar russischen Truppen, von seinem Territorium aus eine Offensive in der Ukraine zu starten. Minsk hat Behauptungen von Regierungsstellen in Kiew zurückgewiesen, dass weißrussische Truppen aktiv gegen ukrainische Streitkräfte eingesetzt werden.

Lukaschenko beschrieb die begrenzte Teilnahme am Ukraine-Konflikt zudem als eine Sicherstellung, dass "niemand den Russen von weißrussischem Territorium aus in den Rücken schießen kann". Zudem erklärte er, dass sein Land allen Menschen, Russen und Ukrainern gleichermaßen, medizinische Hilfe und Lebensmittel anbiete. Lukaschenko wörtlich: "Vor allem ernähren wir die Flüchtlinge, diese verelendeten Armen, die aus der Ukraine zu uns kommen. Täglich sind es 400 bis 500. Wie könnten wir sie nicht durchfüttern und medizinisch behandeln?"

Er versicherte zudem, dass sich sein Land über die genannten Abläufe hinaus nicht an dem Konflikt beteiligen wird. Behauptungen aus dem Ausland, dass die weißrussische Regierung ähnlich wie Moskau eine militärische Mobilmachung vorbereite, nachdem Russland vergangenen Monat die Einberufung von Reservisten in den aktiven Militärdienst ankündigt hatte, wies Lukaschenko als unbegründet zurück. Er plane keine Mobilmachung der weißrussischen Streitkräfte zur Unterstützung Moskaus, erklärte der Politiker, betonte aber, dass "wenn wir eine Militäreinheit gemäß dem Kriegsrecht in Alarmzustand versetzen müssen, dann müssen wir das eben tun".

Der weißrussische Präsident forderte sein Militär auf, die Erfahrungen Russlands zu nutzen, um die nationalen Streitkräfte für einen möglichen Aufruf zur Verteidigung des Landes bereit zu halten.

"Also lernt, lernt und lernt noch mal. Erlernt zuallererst den Militärberuf auf angemessene Weise", wies Lukaschenko seine Offiziere an und griff damit auf zwei Zitate des bolschewistischen Führers Wladimir Lenin zurück, die in der Sowjetunion als geflügelte Worte galten.

Zudem wiederholte Lukaschenko seine Einschätzung, dass Russland jederzeit bereit sei, die Feindseligkeiten mit der Ukraine einzustellen, "während andere Parteien den Konflikt durch konkrete Schritte anheizen". Dies kann als Fingerzeig in Richtung USA gewertet werden, die weiterhin militärische Ausrüstung für das ukrainische Militär nach Polen und in andere NATO-Staaten schicken.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633d66cc48fbef44d420b7bc.jpg>

Der russische Präsident Wladimir Putin trifft sich mit seinem weißrussischen Amtskollegen Alexander Lukaschenko am 26. September 2022 in Sotschi, Russland.

14:02 de.rt.com: **Kreml fordert verbindliche Beteiligung Russlands an Untersuchung der Beschädigungen an Nord Stream**

Kremlsprecher Dmitri Peskow hat bei einer Pressekonferenz am Mittwoch erklärt, Russland müsse sich unbedingt an der Untersuchung der Beschädigungen an den Nord-Stream-Pipelines und der Ermittlung der Ursachen beteiligen. Er zeigte sich besorgt über das von Schweden verhängte Schiffs- und Tauchverbot im Umkreis von fünf Seemeilen und die möglichen Folgen für den Zugang des russischen Gaskonzerns Gazprom zu den Leckstellen. "Von den Pressekonferenzen, die es bislang in Dänemark und in Schweden gab, hörten wir besorgniserregende Erklärungen, dass jegliche Zusammenarbeit mit Russland ausgeschlossen werde. Wir werden zweifellos auf gewisse Präzisierungen diesbezüglich warten."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633d601a48fbef41e552752c.jpg>

Leckstelle an der Gasleitung Nord Stream in der Ostsee, 29. September 2022

14:41 de.rt.com: **Italien: Demonstranten verbrennen ihre Stromrechnungen**

Bei einer von italienischen Gewerkschaften organisierten Kundgebung gegen die steigenden Lebenshaltungskosten am Montag in Rom verbrannten Dutzende Demonstranten aus Protest gegen die explodierenden Energiekosten ihre Stromrechnungen.

Auf Initiative mehrerer Gewerkschaften versammelten sich am Montag in Rom Demonstranten, um gegen die steigenden Lebenshaltungskosten, insbesondere die explodierenden Energiepreise, zu protestieren. Dabei verbrannten Dutzende von ihnen ihre Stromrechnungen.

Fabiola Bravi, Mitglied des Gewerkschaftsbundes USB, erklärte, dass sich die Preiserhöhungen in Italien für "Strom, Gas, Kraftstoff und Lebensmittel [...] verdreifacht"

hätten. "Ich beschreibe eine unhaltbare Situation, wir laufen Gefahr, zusammenzubrechen", fügte sie hinzu.

Pier Paolo Leonardi, Präsident der Basisgewerkschaft SBU, sagte:

"Eine Stromrechnung macht 30 Prozent des Lohns eines Arbeiters, Angestellten oder Arbeitnehmers aus."

Auch in Deutschland und Österreich kam es zu weiteren Demonstrationen gegen die steigenden Energiepreise. In Frankreich fand in der Nationalversammlung eine Debatte statt über die Auswirkungen der Situation in der Ukraine auf die Energiepreise.

Die linke La France insoumise (LFI) und die rechte Rassemblement National (RN) äußerten Kritik an der von der Regierung verfolgten Politik und zeigten sich insbesondere besorgt über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Sanktionen auf die Energiepreise.

<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-

134310637&id=456258634&hash=e419b85bdefd9f9c" width="640" height="360"

frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>

https://vk.com/video-134310637_456258634

15:07 de.rt.com: **"Das war ein Uragan" – Ukraine greift erneut russisches Dorf mit Raketenwerfer an**

Im Dorf Golowtschino im Gebiet Belgorod seien am Montag durch ukrainischen [Beschuss](#) zwei Häuser zerstört und mehr als 50 beschädigt worden, teilte der Gouverneur des Gebiets Wjatscheslaw Gladkow mit. Die Überprüfung aller Folgen des Beschusses von Wohnhäusern dauert an. Nach den Überresten der Raketen zu urteilen, sind dabei Raketenwerfer vom Typ "Uragan" eingesetzt worden. Dabei handelt es sich um ein Mehrfachraketenwerfersystem sowjetischer Bauart, dessen Raketen ein Kaliber von 220 Millimeter haben.

Der Gouverneur sicherte der Familie eines Anwohners, der bei dem Beschuss ums Leben kam, materielle Unterstützung zu. Er sagte, die Behörden würden den Menschen helfen, ihre Häuser unverzüglich wiederaufzubauen.

Gladkow betonte, dass es sich um ein Dorf handelt, in dem es keine militärischen Ausrüstungen oder Einrichtungen gab und in dem nur Zivilisten, auch Kinder und ältere Menschen leben.



<https://thumbs.odycdn.com/8a057873030273d7a09f6495a2acbbb4.webp>

15:27 de.rt.com: **"Mehr als legitim" - EU-Parlamentsvize ruft nach Regime-Wechsel in Russland**

Heidi Hautala (Grüne) ließ bei ihrer Rede auf der Plenarsitzung in Straßburg unmissverständlich wissen, welche politische Entwicklung sie in Russland präferieren würde.

Ein Machtwechsel sei ihrer Vorstellung nach "kein Tabu-Thema" mehr. Das "Kriegsziel" von Putin wären "auch die Menschen in Russland".

Die finnische EU-Abgeordnete Heidi Hautala (Grüne), wurde im Oktober 2017 zur Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments gewählt. Im Zeitraum vom 3.- bis 6. Oktober 2022 findet in den Räumlichkeiten des EU-Parlaments in Straßburg, Belgien, eine Plenartagung statt, mit dem Titel:

"Eskalation des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine."

Zu Beginn des dritten Debattentages kam die Vizepräsidentin persönlich mit einem Redebeitrag (ab Min. 00:01:03) zu Wort. Laut ihrer Einschätzung befände sich der russische Präsident Wladimir Putin aktuell aufgrund "klarer Anzeichen" in einer "Schwachesituation". Die innergesellschaftliche Stimmung in Russland würde sich daher kontinuierlich gegen Putin richten, so die Deutung von der Grünen-Politikerin aus Finnland. In Anbetracht einer von ihr dargestellten Situation, dass seitens Russlands, bzw. Putins, "die Ukraine und die ganze Welt bedroht (würden), mit dem potentiellen Einsatz von Atomwaffen", ergebe sich für Hautala folgende wortwörtliche Wahrnehmung:

"... ist jetzt wirklich der Punkt erreicht, wo der Ruf nach Regime-Wechsel wirklich mehr als legitim ist. Also, das sollte jetzt wirklich kein Tabu mehr sein. Weder in noch außerhalb Russlands."

In der Wahrnehmung Hautala's, "läuft Putin Gefahr, auch innerhalb der Gesellschaft in Russland die Niederlage zu erreichen." Er wäre nicht mehr im Besitz "des sozialen Kontakts" zu den Menschen im Land ("seinem Volk"). Hautala wörtlich:

"Die große Mehrheit der Russen, die gleichgültig waren, diesem Krieg gegenüber, sind jetzt politisiert. Viele von ihnen sehen jetzt, dass Ziel von Putins Krieg sind eben auch die Menschen in Russland."

Allen "Vorzeichen nach" wäre zudem zu erkennen, dass mittlerweile "auch die normalerweise folgsamen russischen Medien jetzt kritischer werden". Es wäre daher wichtig für die EU, "jetzt an der Seite der demokratischen Kräfte in Russland zu stehen", so die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments abschließend. Hautala wörtlich zum Ende ihrer Rede:

"Jetzt ist es an der Zeit, wo wir etwas ausrichten können und mit diesen demokratischen Kräften zusammenarbeiten können. Herzlichen Dank."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633d56d5b480cc4575214bd6.jpg>

Die finnische Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Heidi Hautala (Grüne), am 05.10.2022 in Straßburg, Belgien

15:38 de.rt.com: **Internationaler Boxverband hebt Suspendierung russischer Sportler auf**

Der Internationale Boxverband (IBA) hat die Suspendierung russischer und weißrussischer Sportler aufgehoben. Dies gibt die Organisation auf ihrer [Webseite](#) bekannt. Nach der Entscheidung des Vorstands dürfen russische und weißrussische Boxer ab sofort wieder an internationalen Wettkämpfen teilnehmen. In einer Erklärung heißt es:

"Der IBA ist der festen Überzeugung, dass die Politik keinen Einfluss auf den Sport haben sollte. Daher sollten für alle Sportler gleiche Bedingungen gelten."

Am 24. September hatte der IBA die Mitgliedschaft des ukrainischen Boxverbands (FBU) wegen der Einmischung der Kiewer Regierung in die Arbeit der Organisation suspendiert. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Entscheidung rückgängig gemacht werde, sobald die Bedingungen für die Autonomie des Verbandes erfüllt seien.

In der Erklärung wird betont, dass die Sanktionen keine Auswirkungen auf die ukrainischen Athleten haben werden, sodass sie an den Wettkämpfen teilnehmen können.

Im März dieses Jahres hatte der IBA Sportlern aus Russland die Teilnahme an internationalen Turnieren verboten. Die Organisation suspendierte Athleten und Offizielle, einschließlich Schiedsrichter, die den nationalen Verbänden Russlands oder Weißrusslands angehören.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633d6e9148fbef42c054df15.jpg>

15:51 de.rt.com: **Bericht: Immer weniger Länder akzeptieren russische UnionPay-Karten**

Für russische Bürger gibt es derzeit nur wenige Möglichkeiten, im Ausland zu bezahlen. Nach den jüngsten Einschränkungen für MIR-Karten akzeptieren Spanien, Tschechien und Zypern in Russland ausgestellte UnionPay-Karten nicht mehr, berichten Medien.

Nachdem Länder wie Türkei und Usbekistan Karten des russischen Zahlungssystems MIR nicht mehr akzeptieren, wird es für russische Bürger immer schwieriger, im Ausland zu bezahlen beziehungsweise Bargeld abzuheben. In Russland ausgestellte Karten der Anbieter Mastercard, VISA und American Express funktionieren schon seit längerem nicht mehr. Eine der wenigen Alternativen blieb bisher das chinesische Zahlungssystem UnionPay.

Entsprechende Karten kann man derzeit in zehn russischen Banken beantragen. Doch auch hier kommen erste Schwierigkeiten auf. Wie russische Medien berichten, beschwerten sich Nutzer, dass Spanien, Tschechien und Zypern die in Russland ausgestellten UnionPay-Karten nicht mehr akzeptieren. Künftig könnten sich auch weitere Länder den Maßnahmen anschließen.

Die Karten werden etwa von der KB-Bank in Tschechien nicht mehr akzeptiert. In der tschechischen Bank Česká spořitelna soll das derzeit noch möglich sein. Auch das Euronet-Geldautomatennetz in Spanien weigert sich, von russischen und weißrussischen Banken ausgestellte UnionPay-Karten zu bedienen, berichtete die Zeitung Iswestija.

Zudem sollen die Karten vereinzelt auch bei den JCC-Bankomaten in Zypern nicht funktionieren. Das Callcenter des Kreditinstituts teilte gegenüber der Zeitung mit, dass diese zwar noch akzeptiert würden, es aber Beschränkungen für Bargeldabhebungen gebe. Laut dem Bericht könnte Bulgarien bald ähnliche Maßnahmen ergreifen. Die dortige DSK Bank könnte ab Ende Oktober nicht mehr mit UnionPay zusammenarbeiten. Es laufen aber noch Verhandlungen mit UnionPay, die endgültige Entscheidung sei noch nicht gefallen.

Finnland hatte bereits Anfang Oktober die Arbeit mit in Russland ausgestellten UnionPay-Karten ausgesetzt. Die Entscheidung sei aufgrund der gestiegenen Nachfrage nach Bargeldabhebungen getroffen worden, erklärte ein Vertreter der Geldautomaten Nosto. Ihm

zufolge seien die Beträge so hoch gewesen, dass es sich "nicht um russische Privattouristen handeln konnte".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633d76f6b480cc210d45d970.jpg>

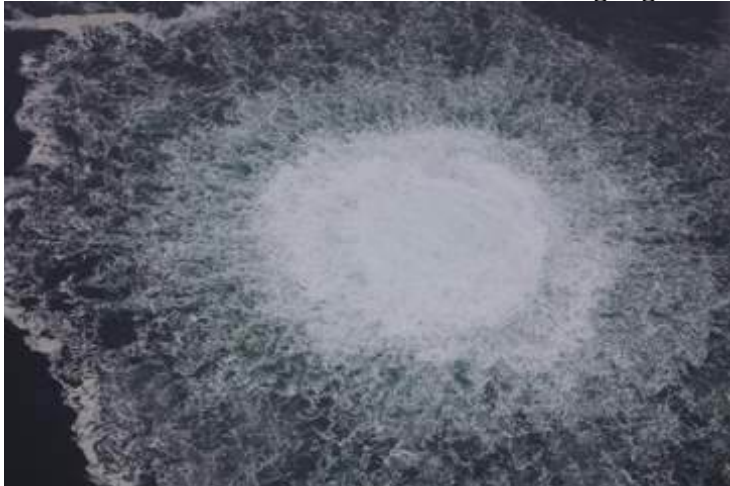
16:06 de.rt.com: **Estland schlägt Pipeline-Unterwasserüberwachung durch NATO vor**

Nach dem Anschlag auf die Gaspipelines Nord Stream 1 und 2 in der Ostsee fordert der estnische Verteidigungsminister Hanno Pevkur eine gemeinsame Unterwasserüberwachung der NATO und einen besseren Informationsaustausch. "Die NATO betreibt seit Jahren Luftraumüberwachung, jetzt sollte man über Unterwasserüberwachung nachdenken", [sagte](#) Pevkur der Wochenzeitung Die Zeit. Während die Luft- und Landaufklärung der NATO bereits gut sei, habe das Verteidigungsbündnis zu wenige Informationen über die Meere — vor allem in der Tiefe. Pevkur wörtlich:

"Was die Meere angeht, wissen wir nur, was sich an der Oberfläche tut. Darunter wird's schwierig."

Die NATO-Aspiranten Finnland und Schweden hätten gute Aufklärungssysteme, und er hoffe, dass die beiden Länder diese Informationen in Zukunft stärker mit der NATO teilen würden, erklärte der Politiker.

Auch Deutschland sieht der estnische Verteidigungsminister in der Pflicht.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633d683bb480cc408626c36b.jpg>

Gasleck an der Nord-Stream-Pipeline am 29. September 2022

16:15 de.rt.com: **OPEC plus beschließt Kürzung der Öl-Fördermenge um zwei Millionen Barrel pro Tag**

Die OPEC plus bereitet den Markt wieder auf eine Drosselung der Öl-Fördermenge vor. Die wichtigsten OPEC plus-Mitglieder haben sich auf eine Kürzung der Ölproduktion um zwei Millionen Barrel pro Tag geeinigt.

Die wichtigsten OPEC plus-Mitglieder, die als Gemeinsamer Ministerieller Überwachungsausschuss bekannt sind (JMMC), haben sich auf eine Kürzung der Ölproduktion um zwei Millionen Barrel pro Tag geeinigt, so drei OPEC plus-Quellen. Die Ölpreise legten am Montag im Handel wieder zu, nachdem Berichte über eine bevorstehende Förderkürzung des Ölverbunds OPEC plus die Runde gemacht hatten. Für heute ist ein Treffen der erdölexportierenden Staaten in Wien geplant. Die OPEC plus könnte mit einer harschen Kürzung der Fördermenge einem drohenden Nachfrageabschwung wegen der Abkühlung der Weltwirtschaft begegnen.

Die OPEC plus, zu der auch Saudi-Arabien und Russland gehören, arbeitet an Kürzungen von ein bis zwei Millionen Barrel pro Tag, wie Quellen gegenüber Reuters erklärten. Die USA habe bereits vergeblich die OPEC dazu gedrängt, die Kürzungen der Ölproduktion nicht vorzunehmen.

Die OPEC und ihre von Russland geführten Bündnispartner stehen aber offenbar trotz des Ukraine-Krieges Seite an Seite, um Preissenkungen beim Öl zu verhindern.

Zur OPEC plus gehören neben den Staaten der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) auch weitere Produzenten wie Russland.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633d8d4e48fbef679f0dddec4.jpg>

Hauptsitz der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) in Wien

16:27 de.rt.com: **Keine Einigung über Entlastungen: Ministerpräsidenten enttäuscht von Bund-Länder-Runde**

Trotz mehrstündiger Verhandlungen konnten sich Bund und Länder am Dienstag nicht über die Finanzierung der milliardenschweren Maßnahmen zur Entlastung der Verbraucher und Unternehmen einigen. Schuld daran sei der Bund, erklärten die Ministerpräsidenten. Der wiederum sieht sich im Recht.

Bei den Verhandlungen über die Verteilung der Kosten für die angesichts hoher Energiepreise geplanten Entlastungen für Bürger und Unternehmen ist es am Dienstag zu keiner Einigung zwischen Bund und Ländern gekommen. "Da gibt es noch Diskussionen, wie das im Einzelnen geschultert werden kann", sagte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nach den Beratungen mit den Ministerpräsidenten der Länder im Berliner Kanzleramt. "Aber ich habe den Eindruck, dass wir da auf einem sehr konstruktiven Pfad unterwegs sind und uns auch miteinander über diese Aufgabe verständigen werden", versuchte der Kanzler zu beschwichtigen.

Dass das Unterfangen zur Rettung unserer Wirtschaft und auch des Wohlstands, dem sich alle 17 Regierungschefs in dieser historischen Krise ja wortreich verschrieben haben, bisher scheiterte, liege nach Ansicht der Union vor allem an der Bundesregierung. So sprach CDU-Chef Friedrich Merz in den Zeitungen der Funke Mediengruppe von einem "Abend der verpassten Chancen, der die Bürgerinnen und Bürger verunsichert zurücklässt". Schuld daran seien laut Merz sowohl der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, Stephan Weil, als auch Bundeskanzler Olaf Scholz. Die beiden SPD-Politiker "sind alleine verantwortlich, dass

es keine Ergebnisse gibt", kritisierte der CDU-Chef.

Ähnlich äußerten sich der Kieler Regierungschef Daniel Günther und der hessische Ministerpräsident Boris Rhein (beide CDU), der die Ergebnisse als "Enttäuschung" bezeichnete. Der Bund sei "noch nicht in der Lage, seine eigenen Maßnahmen im Kampf gegen die Energiekrise zu konkretisieren", so Rhein. Dies bräuchten die Länder jedoch "dringend für eine passgenaue Planung und Hilfe".

Auch Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) zeigte sich nach den Beratungen von Bund und Ländern enttäuscht: "Die Menschen verlieren die Nerven, die Unternehmen wissen nicht mehr wie es weitergeht. Es dauert alles viel zu lange", mahnte der Ministerpräsident am Mittwoch im ZDF-"Morgenmagazin". Es sei nach dem Treffen nicht klar, auf welchen Preis man sich hinbewege und welche Entlastungen kommen würden. Bisher bekannt ist lediglich, dass die bisherigen Entlastungspakete und das nun geplante Sondervermögen zusammen ein Volumen von 295 Milliarden Euro haben werden. "Der Bund wird davon knapp 240 bis 250 Milliarden Euro auf seine Kappe nehmen und finanzieren", sagte Scholz. Über die konkrete Ausgestaltung der geplanten Strom- und Gaspreisbremse müsse laut dem Bundeskanzler aber noch gesprochen werden.

Bei den Beratungen ging es auch um eine Nachfolgelösung des Ende August ausgelaufenen 9-Euro-Tickets für den Nah- und Regionalverkehr und Einmalzahlungen für Rentner und Studenten. Autorisieren wird der Bund dies allerdings nur dann, wenn die Länder mitfinanzieren. Das lehnen sie bisher jedoch ab. "Über den konkreten Weg und die jeweilige Finanzverantwortung bestehen unterschiedliche Vorstellungen bei Bund und Ländern", heißt es im entsprechenden Sitzungsbeschluss. Eine schnelle Einigung ist somit vorerst nicht zu erwarten, zu sehr beharren beide Seiten auf ihren Standpunkten.

"Die Bundesregierung hat heute trotz der konstruktiven Einstellung der Länder kaum Kompromissbereitschaft in ganz wesentlichen Fragen erkennen lassen", erklärte der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Hendrik Wüst (CDU). "Wir sind heute nur ganz wenige Schritte vorangekommen und noch längst nicht am Ziel." Im Ergebnis sei das aus Sicht vieler Länder einfach zu wenig. Die Bundesregierung habe "trotz der konstruktiven Einstellung der Länder kaum Kompromissbereitschaft in ganz wesentlichen Fragen erkennen lassen". Wüst hatte sich im WDR-Interview angesichts der stagnierenden Verhandlungen zuvor für ein eigenes NRW-Entlastungspaket ausgesprochen: "Wir sind natürlich als Landesregierung bereit, auch ein eigenes Entlastungspaket aufzusetzen."

Weil sprach hingegen davon, dass man an diesem Dienstag einen "großen Schritt" vorangekommen sei. Aber auch Niedersachsens Ministerpräsident räumte ein, dass die Bund-Länder-Runde weder bei der Finanzierung des Wohngeldes, noch beim Thema Nahverkehrsticket oder bei der Problematik über die Verteilung der Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen Fortschritte gemacht habe. Von möglichen weiteren Kosten für "Wirtschaftshilfen" mal ganz zu schweigen.

Abhilfe soll nun die von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission zur Gaspreisbremse bringen. Laut Scholz will diese bereits am kommenden Wochenende erste Vorschläge zur Umsetzung des 200-Milliarden-Euro-Hilfsprogramms vorlegen. "Die Kommission arbeitet mit Hochdruck daran, der Politik schnellstmöglich Empfehlungen für eine ebenso ausgewogene wie praktikable Gaspreisbremse vorzulegen", bestätigten die Vorsitzenden der Kommission am Dienstag. "Die Vorsitzenden streben an, dass die Kommission im Zuge ihrer Klausur am kommenden Wochenende einen belastbaren Vorschlag erarbeitet und der Politik vorlegt."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633d6e6cb480cc210d45d957.jpg>

16:29 de.rt.com: **Medienbericht: USA fordern noch vor dem Winter baldige ukrainische Offensive im Süden, insbesondere in Cherson**

US-Beamten und Politiker würden warnen, die Ukraine brauche eine entscheidende Schlacht, um im Süden des Landes Gebiete zurückzuerobern, bevor der Winter schlechtere Kampfbedingungen mit sich bringe. Dies meldet die britische Tageszeitung Financial Times unter Berufung auf Pentagon-Beamten und US-amerikanische Politiker.

Ukrainische Verbündete in Übersee seien der Meinung, Kiew müsse die russischen Streitkräfte aus den strategischen Regionen im Süden zurückdrängen, die ein Tor zum Schwarzen Meer sind. Senator Chris Murphy von der "Demokratischen Partei" sagte, die "wahre Katastrophe" für die Ukraine wäre, wenn Russland der Ukraine den Zugang zum Schwarzen Meer von Mariupol bis nach Odesa abschneiden könne. Er nannte den Zugang nach Odesa "den Lebensnerv der Ukraine" und begründete damit, dass die Ukrainer deshalb eine offensive und keine defensive Position im Süden einnehmen sollten.

Darüber hinaus sehen die westlichen Verbündeten die Einnahme von Cherson durch die Ukrainer als einen entscheidenden Punkt an. Ein hochrangiger US-Militärbeamter sagte, durch die Einnahme von Cherson werde es möglich sein, die Russen daran zu hindern, bis nach Odessa vorzudringen. Auch die Ukrainer glauben, dass die kommenden Wochen für ihre Gegenoffensive im Süden entscheidend sein können. US-Beamte erklärten, die ukrainischen Streitkräfte müssten dringend den Süden zurückerobern, bevor das Gelände bald extrem schlammig werde. Evelyn Farkas, eine ehemalige hochrangige Pentagon-Beamtin in der Regierung von Barack Obama, sagte:

"Die Ukrainer müssen darüber nachdenken und ihre kluge, flexible Spezialausbildung nutzen, die sie von uns und unseren Verbündeten erhalten haben, um herauszufinden, wie sie die Russen dazu bringen können, einen gewissen Gebietsvorteil wieder aufzugeben."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633d78cf48fbef67527e13bc.jpg>
*Ukrainische Streitkräfte fahren einen Panzer während einer Übung, Gebiet Charkow, 31.
Januar 2022*

16:53 de.rt.com: **USA kündigen weitere Militärhilfen für die Ukraine an: "Eine noch nie dagewesene Menge"**

Am Mittwoch hat die Pressesprecherin des Weißen Hauses, Karine Jean-Pierre, eine neue Tranche der Militärhilfen vonseiten der USA [angekündigt](#). Mit diesen zusätzlichen 625 Millionen US-Dollar bleiben die USA auch weiterhin Hauptsponsor der Ukraine und stehen an vorderster Front, wenn es darum geht, "die sich entwickelnden Bedürfnisse der Ukraine auf dem Schlachtfeld zu erfüllen".

Jean-Pierre sprach auf der Pressekonferenz von einer "noch nie dagewesenen Menge an Waffen und Ausrüstung". Nach Angaben aus dem Pentagon haben die USA seit Beginn der Eskalation des Konflikts auf die internationale Ebene 16,8 Milliarden US-Dollar für Kiew ausgegeben.

<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-134310637&id=456258674&hash=4f239d6d5f44d6be" width="640" height="360" frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>

https://vk.com/video-134310637_456258674

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 4.10.2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In Mariupol, Wolnowacha und Wolodarskoje wurden Arbeiten zum Anschluss von Verbrauchern an das Telekommunikationsnetz vorgenommen.

Die Straßenbaubehörde „Awtodor“ hat Reparaturen an den Autostraßen Dolja – Jelenowka, Kremenewka – Jalta, Dmitrowka – Donskoje – Swobodnoje vorgenommen.

Mehr als 3100 Menschen haben sich an Einrichtungen des Gesundheitswesens gewandt. Zivilschutzkräfte haben mehr als 22 Hektar Gelände untersucht und 245 explosive Objekte entschärft.

Mitarbeiter der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken in den befreiten Ortschaften durchgeführt.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter Objekte der Stromversorgung der Donezker Volksrepublik. In der Folge von Angriffen haben Industriebetriebe, soziale Objekte und Haushaltsverbraucher keinen Strom.

Die ukrainischen Kämpfer beschießen zielgerichtet Energieinfrastruktur, um im Donbass eine humanitäre Katastrophe zu schaffen. Auch in den Ortschaften, die im Verlauf der militärischen Spezialoperation befreit wurden, hat der Gegner dem Stromversorgungssystem enormen Schaden zugefügt.

Dennoch unternehmen die Energietechniker der Donezker Volksrepublik alle notwendigen Maßnahmen, um rechtzeitig Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und Umspannwerken vorzunehmen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministeriums der DVR zu wenden.

17:57 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Mehr als 400 ukrainische**

Soldaten binnen 24 Stunden vernichtet

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, hat wiederum über den aktuellen Verlauf der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine informiert. Er sagte, durch russische Raketeneinschläge auf die ukrainischen Einheiten in den Gebieten Schipowatoje, Schewtschenkowe und Petrowka des Gebiets Charkow in Richtung Kupjansk seien bis zu 100 Soldaten außer Gefecht gesetzt und 13 Einheiten militärischer Ausrüstung zerstört worden.

In Richtung Krasnoliman in den Gebieten Druscheljubowka und Redkodub seien massive Feuergefechte gegen Personal der Streitkräfte der Ukraine samt Ausrüstung geführt worden. Infolgedessen wurden mehr als 90 ukrainische Soldaten vernichtet und sieben gepanzerte Fahrzeuge zerstört, so Konaschenkow. Darüber hinaus wurden durch russischen Artilleriebeschuss in den Gebieten Jampolowka und Torskoje der Volksrepublik Donezk zwei ukrainische Sabotage- und Aufklärungsgruppen mit insgesamt 21 Kämpfern eliminiert. In Richtung Lissitschansk erlitt die Ukraine Verluste von bis zu 70 Kämpfern, einem Panzer, drei gepanzerten Kampffahrzeugen und sechs Pickups mit großkalibrigen Maschinengewehren. Konaschenkow erklärte außerdem, dass bei einem Raketenangriff in der Nähe des Dorfes Rownopolje im Gebiet Saporoschje bis zu 30 Kämpfer ausgeschaltet und sieben Fahrzeuge zerstört worden seien. Darüber hinaus halte die russische Armee in der Richtung Andrejew – Kriwoi Rog die von ihr besetzten Stellungen und wehre die Angriffe der überlegenen feindlichen Kräfte ab. Bei Kampfhandlungen in der Nähe von Nowaja Kamenka, Gebiet Cherson, seien im Laufe des Tages bis zu 30 Nationalisten, zwei Panzer und vier Schützenpanzer vernichtet worden.

Mehr als 120 ukrainische Soldaten mit zwei Panzern und acht gepanzerten Kampffahrzeugen seien in der Nähe des Dorfes Dudtschany (Gebiet Cherson) durch massive Angriffe der russischen Luftwaffe zerstört worden. Das russische Verteidigungsministerium fügte hinzu, dass die Ukraine im Laufe des Tages insgesamt mehr als 230 Kämpfer, vier Panzer, 18 gepanzerte Kampffahrzeuge, zwei Panzerhaubitzen, zwei Mörser und 20 Fahrzeuge in der Richtung Nikolajew – Kriwoi Rog verloren habe.

abends:

18:10 de.rt.com: Euroländer gegen Doppelwumms: Deutschland unter Druck

Die Länder des Euro fürchten um eine Verstärkung der Ungleichgewichte im Währungsraum durch die von der Bundesregierung beschlossenen Entlastungen. Finanzschwache Länder sehen darin eine Subvention der deutschen Industrie.

Die EU-Länder blicken erneut kritisch auf Deutschland. Der mit einer Neuverschuldung von 200 Milliarden Euro einhergehende "Doppelwumms" der Ampel-Koalition wird innerhalb der EU kritisch kommentiert.

Wie das Handelsblatt [berichtet](#), erhöhen die Finanzminister den Druck auf Deutschland. Bei einem Treffen der EURO-Gruppe muss Lindner das von der Bundesregierung beschlossene Entlastungspaket verteidigen. Die EURO-Gruppe ist die Zusammenkunft der Finanzminister derjenigen Länder, die den Euro als Zahlungsmittel verwenden. Das Treffen dient vor allem der gemeinsamen Steuerung der Finanzpolitik des Währungsraums.

Die Länder befürchten einen Wettbewerbsvorteil für die deutsche Industrie, durch den sich das Ungleichgewicht in der Eurozone weiter verstärkt. Kritisch wird angemerkt, dass die umfassende Entlastung gegen die Grundsätze der EU und des Euro verstößt.

Deutschland steht seit langer Zeit wegen seines Geschäftsmodells in der Kritik. Deutschlands Wirtschaft setzt vor allem auf Export. Seine Exportstärke bezieht Deutschland unter anderem aus niedrigen Lohnabschlüssen. Aus diesem Grund lag die Inflationsrate in Deutschland immer deutlich unter der von der EZB angestrebten Zielinflation von knapp unter 2 Prozent.

Aufgrund der Unmöglichkeit der Abwertung stiegen in den anderen EU-Ländern Schuldenlast und Arbeitslosigkeit an.

Die Euro-Länder fürchten nun eine Wiederholung. Aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslage sind sie in unterschiedlichem Ausmaß zur Schuldenaufnahme fähig. Die Befürchtung ist, dass sich Deutschland über Schulden für die deutsche Industrie einen Vorteil verschafft, indem es die hohen Energiekosten in höherem Maße abfedert als es andere Länder vermögen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633d7eafb480cc23e104c71b.jpg>

Finanzminister Christian Lindner bei einer Kabinettsitzung

18:34 de.rt.com: **Konaschenkow: Hangar der ukrainischen Streitkräfte mit Drohnen des Typs Bayraktar TB-2 im Gebiet Nikolajew vernichtet**

Ein präziser Treffer einer operativ-taktischen Iskander-Rakete auf dem Militärflugplatz Wosnessensk im Gebiet Nikolajew habe einen Hangar mit Bayraktar TB-2-Drohnen zerstört, meldete Generalmajor Igor Konaschenkow, der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums. Außerdem sei in der Nähe der Siedlung Murachowka, Gebiet Nikolajew, eine von den USA gelieferte Radarstation zur Batterieabwehr (AN/TPQ-36) zerstört worden.

Konaschenkow teilte weiter mit, dass die Kampfflugzeuge der russischen Luftstreitkräfte in der Nähe des Dorfes Nowowladimirowka im Gebiet Nikolajew eine MiG-29 der ukrainischen Luftwaffe abgeschossen hätten. Die russische Luftverteidigung soll in der Nacht sechs unbemannte Fluggeräte in der Nähe der Ortschaften Grakowo im Gebiet Charkow, Nowotscherwonoje in der Volksrepublik Lugansk und nahe Staromajorskoje, Uroschainoje und Dokutschajewsk in der Volksrepublik Donezk zerstört haben.

Darüber hinaus seien im Verlauf des Tages 15 Geschosse eines US-amerikanischen HIMARS-Mehrfachraketen-systems im Gebiet der Siedlungen Korobki, Wesseloje, Antonowka, Nowaja Kachowka, Tokarewka und Rakowka im Gebiet Cherson, ein Geschoss des Olcha-Mehrfachraketen-systems in der Nähe der Siedlung Nowaja Kachowka und zwei HARM-Anti-Radar-Raketen in der Nähe der Siedlung Antonowka im Gebiet Cherson abgefangen und in der Luft zerstört worden.

Gleichzeitig meldete das russische Verteidigungsministerium, dass das Kiewer Regime das Gebiet des Atomkraftwerks Saporoschje weiter beschießt. Die Artillerie der ukrainischen Streitkräfte soll mehr als 43 Granaten auf den nördlichen Stadtrand von Energodar und auf das an das Atomkraftwerk angrenzende Gebiet abgefeuert haben. Die Angriffe seien aus der von ukrainischen Streitkräften kontrollierten Stadt Marganez im Gebiet Dnepropetrowsk erfolgt.

Konaschenkow fügte hinzu, das Feuer der russischen Artillerie habe die Feuerkraft des Feindes unterdrückt. Die Werte der radioaktiven Strahlung im Kernkraftwerk seien weiter normal, ergänzte der Pressesprecher.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633dabe248fbef10ec3f5bbf.jpg>
Igor Konaschenkow

18:48 de.rt.com: **Putin: Werden ukrainische Sprache und Kultur respektieren**

Russland werde die ukrainische Sprache und Kultur trotz aller Konflikte respektieren, erklärte Präsident Wladimir Putin. Er verwies auf die zahlreichen ukrainischstämmigen Bürger Russlands und stellte den Respekt vor allen Völkern Kiews Diskriminierungspolitik entgegen. Trotz Kiews destruktiver Politik respektiere Russland das ukrainische Volk, seine Sprache und Kultur, und werde dies weiterhin tun. Dies erklärte der russische Präsident Wladimir Putin in seiner Rede während des Treffens mit den Siegern des Wettbewerbs "Lehrer des Jahres" am Mittwoch. Er betonte:

"Auch trotz der Tragödie der letzten Tage, auch heute, verhalten wir uns gegenüber dem ukrainischen Volk und der ukrainischen Kultur, der ukrainischen Sprache, der Literatur und so weiter, mit Respekt."

Russland werde im Gegensatz zur Ukraine, deren gegenwärtige Regierung die russische Sprache und Kultur unterdrückt, keine diskriminierende Politik führen. Russland werde einen anderen Weg einschlagen und "alles Ukrainische respektieren", führte der Präsident aus. Er verwies darauf, dass etwa drei Millionen russische Staatsbürger eine ukrainische Abstammung haben. Der Staat mache keine Unterschiede zwischen Russen und Ukrainern auf Grundlage ihrer Abstammung und werde es auch künftig nicht tun, versicherte Putin.

Zuvor hatte Russlands stellvertretender Außenminister Jewgeni Iwanow erklärt, dass die ukrainische Sprache in der Donezker und Lugansker Volksrepublik sowie in den Gebieten Cherson und Saporoschje, die Russland beitraten, weiterhin unterrichtet werden könne. Auch das Mitglied des Verwaltungsrats des Gebiets Saporoschje, Wladimir Rogow, berichtete, dass ein Verbot der ukrainischen Sprache nicht zur Debatte stehe.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633d9e6cb480cc22650de678.jpg>

Denkmal für den ukrainischen Nationaldichter Taras Schewtschenko in Melitopol

19:31 de.rt.com: **Lokale Behörden: Ausländische Söldner und Ukrainer erschießen Einwohner im Gebiet Charkow**

Ukrainische Soldaten und ausländische Söldner sollen im Gebiet Charkow Zivilisten erschossen haben. Dies erklärte Witali Gantschew, der Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets. Wörtlich teilte er mit:

"Nationalistische ukrainische Formationen und ausländische Söldner betreiben auf dem Territorium der Ukraine und insbesondere im Gebiet Charkow echte Willkür, indem sie Menschen erschießen, nur weil sie dort unter unserer Regierung leben und das 'besetzte Territorium' – wie sie sagen – nicht verlassen haben."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633dab5148fbef6638298ff3.jpg>

Ukrainische Soldaten im Gebiet Charkow

20:54 (19)54) **novorosinform.org: Die alliierten Streitkräfte vertrieben die ukrainischen Streitkräfte von Positionen in der Nähe des ukrainischen New York – Bessonow**

Den Truppen der russischen Koalition sei es gelungen, in Richtung des Dorfes Nowgorodskoje im Bezirk Artjomowsk der DVR vorzurücken, sagte der erste stellvertretende Informationsminister der Republik, Daniil Bessonow.

Bessonow berichtete [RT](#) von den Erfolgen der alliierten Streitkräfte in der Region Nowgorodskoje (von den Kiewer Behörden in New York umbenannt).

„Heute ist es uns gelungen, in der Gegend von Nowgorodskoje (New York) vorzurücken und feindliche Stellungen einzunehmen“, bemerkte der stellvertretende Minister.

Laut Bessonow wurden am Standort ukrainischer Kämpfer Fahnen mit Nazi-Symbolen gefunden. Er betonte, dass dies Stellungen der Streitkräfte der Ukraine und nicht der nationalen Bataillone seien. Zur Bestätigung legte er ein Foto einer der gefundenen Fahnen vor.

19:58 de.rt.com: **Putin: Anlagen des AKW Saporoschje werden in föderales Eigentum überführt**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat angeordnet, dass die Anlagen des Kernkraftwerks Saporoschje in das Bundeseigentum der Russischen Föderation überführt werden sollen, wie [TASS](#) berichtet. In dem Dokument aus der Präsidialverwaltung heißt es:

"Die russische Regierung wird dafür sorgen, dass die nuklearen Anlagen des Kernkraftwerks Saporoschje und andere für den Betrieb notwendige Güter in föderales Eigentum überführt werden."

Putin wies die Regierung außerdem an, das Kernkraftwerk Saporoschje als ein einheitliches, staatliches Bundesunternehmen zu gründen, um die Sicherheit seiner Anlagen zu gewährleisten.

In einzelnen Klauseln des Dekrets wird die russische Regierung beauftragt, die Aspekte im

Zusammenhang mit der Regulierung des AKW Saporoschje für den Zeitraum bis 2028 festzulegen. Insbesondere soll das Kabinett die Einzelheiten der Verwendung finanzieller und sonstiger Ressourcen zur Gewährleistung der Sicherheit des Kernkraftwerks und der Erteilung von Lizenzen für das Recht auf Arbeit festlegen. Der Staatschef beauftragte außerdem, die Einzelheiten der staatlichen Aufsicht über die Sicherheit im Atomkraftwerk zu überdenken. Darüber hinaus wird in dem Erlass der Status der Betriebsorganisation des AKW Saporoschje festgelegt. Dem Erlass zufolge bleiben die Genehmigungen, die dem Kernkraftwerks Saporoschje und seinen Mitarbeitern vor dem 30. September erteilt wurden, so lange gültig, bis neue Genehmigungen in Übereinstimmung mit den russischen Rechtsvorschriften erteilt werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633db8fd48fbef683b443dfd.jpg>

Gesamtansicht des AKW Saporoschje in der Stadt Enerhodar, 11. September 2022

20:14 de.rt.com: **Kreml-Sprecher Peskow: Keine formalen Änderungen bei der Militäroperation in der Ukraine**

Moskau hat, anders als von einigen Beobachtern erwartet, seine Militäroperation in der Ukraine bislang nicht in eine "Anti-Terror-Operation" umbenannt, so Kreml-Sprecher Dmitri Peskow. Anlass der Spekulation war die Aufnahme der vier ehemaligen ukrainischen Regionen in die Russische Föderation.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat, wie TASS meldete, derzeit nicht vor, sich an die Nation zu wenden, um über die "Neuformatierung" der militärischen Sonderoperation zu sprechen. Dies erklärte Präsidentsprecher Dmitri Peskow am Mittwoch vor Reportern. Zuvor hatten einige Medien und Telegram-Kanäle berichtet, dass eine solche Ansprache angeblich heute stattfinden würde. "Nein, das ist nicht wahr", antwortete der Kreml-Sprecher auf die Frage nach einem Kommentar zu diesen Meldungen.

Gerüchte und falsche Erwartungen

Auf die Frage, ob eine solche Mitteilung heute noch zu erwarten sei, wiederholte Peskow: "Nein, das wird nicht passieren, das sind Fälschungen." Es seien keine Entscheidungen getroffen worden, den Status der militärischen Sonderoperation in eine Anti-Terror-Operation zu ändern, sagte Peskow. Er fügte hinzu:

"Dies ist allein das Vorrecht des Oberbefehlshabers – des Präsidenten des Landes. Bis heute sind keine derartigen Entscheidungen getroffen worden."

Einige politische Beobachter hatten in den vergangenen Tagen darüber spekuliert, dass die russische Regierung die militärischen Auseinandersetzungen in der Ukraine neu klassifizieren würde, nachdem sie eine Reihe ehemaliger ukrainischer Regionen eingegliedert hat, in denen ein Großteil der Kämpfe gegen Kiews Truppen stattfindet. Offizielle Vertreter in Moskau warfen Kiew bei mehreren Gelegenheiten vor, "terroristische Taktiken" gegen die Menschen in den Frontregionen anzuwenden. Es bestand die Erwartung, dass Russland die Operation gegen die Ukraine entsprechend bezeichnen würde.

Ukrainische Truppen kontrollieren Teile dieser Gebiete und haben vor Kurzem eine Reihe von

Siedlungen zurückerobert, die zuvor von russischen Truppen gehalten wurden. Peskow reagierte auf die Vorstöße Kiews und erklärte, dass die neuen Gebiete "für immer zu Russland gehören [und] nicht [an Kiew] zurückgegeben werden".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633da8fab480cc210d45d9b6.jpg>

Präsidentensprecher Dmitri Peskow während der Militärparade am 9. Mai 2022 auf dem Roten Platz in Moskau zur Feier des 77. Jahrestages des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg über das faschistische Deutschland